

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2001 — 1229

[C – 2001/33016]

14. DEZEMBER 2000 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Programmgesetzes vom 30. Dezember 1988 zur Einrichtung eines Systems von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden, insbesondere der Artikel 93, abgeändert durch das Gesetz vom 22. Juli 1993 und den Königlichen Erlass vom 3. April 1997, Artikel 94, abgeändert durch das Gesetz vom 22. Juli 1993, Artikel 95, abgeändert durch das Gesetz vom 20. Juli 1991 und 22. Juli 1993, Artikel 96 und 97, Artikel 99, abgeändert durch das Gesetz vom 29. Dezember 1990 und die Artikel 100 und 101;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, so wie abgeändert durch die Erlasse vom 4. April 1996, 25. April 1996, 19. Dezember 1996 (I), 19. Dezember 1996 (II), 27. Februar 1997, 27. November 1997, 11. Dezember 1997, 22. Januar 1998 (I), 22. Januar 1998 (II), das Dekret vom 5. Februar 1998 (I), und die Erlasse vom 26. März 1998, 2. April 1998 (II), 14. Mai 1998, 4. Juni 1998, 9. Juli 1998, 23. Dezember 1998, 4. März 1999 (II) und das Dekret vom 6. Mai 1999;

Aufgrund des am 28. November 2000 abgegebenen Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des am 12. Dezember 2000 abgegebenen Gutachtens der Finanzinspektion;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers zuständig für Finanzen und Haushalt;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung der Tatsache, dass es ohne zeitliche Verzögerung unerlässlich ist, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Rahmen diverser Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Bedingungen und Modalitäten der Anerkennung und Bezuschussung dieser Maßnahmen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft vor Beginn des Ziviljahres 2001 verbindlich mitzuteilen, da zum 31. Dezember 2000 eine Vielzahl an Projekten im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von ihrer ministeriellen Genehmigung her auslaufen;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Der vorliegende Erlass regelt für das deutsche Sprachgebiet in Anwendung von Artikel 139 der Verfassung aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und des Dekretes des Rates der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, eine Materie, die zur Ausübung der Kompetenz Beschäftigung gemäß Artikel 6, § 1, IX, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über institutionelle Reformen gehört;

und zwar die Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, so wie abgeändert durch die Erlasse vom 4. April 1996, 25. April 1996, 19. Dezember 1996 (I), 19. Dezember 1996 (II), 27. Februar 1997, 27. November 1997, 11. Dezember 1997, 22. Januar 1998 (I), 22. Januar 1998 (II), das Dekret vom 5. Februar 1998 (I) und die Erlasse vom 26. März 1998, 2. April 1998 (II), 14. Mai 1998, 4. Juni 1998, 9. Juli 1998, 23. Dezember 1998, 4. März 1999 (II) und das Dekret vom 6. Mai 1999.

Im Rahmen des Anwendungsbereichs des vorliegenden Erlasses und in den diesbezüglich anzuwendenden Regeltexten, ist die Wortfolge «Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer (BVA)» anstatt «bezuschusste Vertragspersonalmitglieder (A.C.S.)» zu lesen.

In der Überschrift des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern ist die Wortfolge «bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern» zu ersetzen durch «Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern».

Art. 2 - Artikel 1, 2°, des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«2° «die Verwaltung»: das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Ausbildung, Beschäftigung und Europäische Programme;».

Artikel 1, 3°, desselben Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 1999, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:» 3° «das Arbeitsamt»: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;».

Artikel 1, 4°, desselben Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«4°» der BVA»: der Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer;».

Art. 3 - Artikel 2, Absatz 1, desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse vom 27. Februar 1997, 11. Dezember 1997, 22. Januar 1998 (I), 22. Januar 1998 (II), 26. März 1998, 2. April 1998, 14. Mai 1998 und 4. Juni 1998, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Nachstehend angeführte Arbeitgeber können im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den Genuss einer Jahresprämie für die Einstellung von Vertragspersonal, «Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer» (BVA) genannt, gelangen:

1. die Verwaltungen und Dienststellen der Wallonischen Region und die ihnen unterstellten öffentlichen Einrichtungen;

2. die Verwaltungen und Dienststellen der Französischen Gemeinschaft und die ihr unterstellten öffentlichen Einrichtungen;

3. die Verwaltungen und Dienststellen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die ihr unterstellten öffentlichen Einrichtungen;

4. die Einrichtungen des Unterrichtswesens, die von der Französischen Gemeinschaft anerkannt oder bezuschusst werden;

5. die Einrichtungen des Unterrichtswesens, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannt oder bezuschusst werden;

6. die Immobiliengesellschaften des öffentlichen Dienstes;

7. die gemeinnützigen Einrichtungen und die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die dem Gesetz vom 27. Juni 1921 unterliegen, durch das den gemeinnützigen Einrichtungen und den Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht die Rechtspersönlichkeit verliehen wird und die faktischen Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, insofern sowohl die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht als auch die faktischen Vereinigungen gegründet wurden, um ein soziales, humanitäres, kulturelles oder ein auf die Förderung des Sports, des Tourismus, der nachhaltigen Entwicklung oder der Existenzgründungshilfe bezogenes Ziel zu verfolgen.»

In Artikel 2, Absatz 2, desselben Erlasses ist der Begriff «A.C.S.» durch die Wortfolge «Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern» zu ersetzen.

In Artikel 3, Absatz 1, 1°, desselben Erlasses ist das Wort «Erwerbszweck» durch die Wortfolge «Gewinnerzielungsabsicht und die faktischen Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht.» zu ersetzen.

Artikel 3 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

«Was die in Artikel 2, Absatz 1, 1°, 2° und 3°, genannten Arbeitgeber betrifft, ist keine Prämie für die Vertragsarbeitnehmer zu zahlen, die eingestellt wurden, um Beamte zu ersetzen, bei denen es sich nicht um Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer handelt und die ihre Laufbahn im Sinne des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen unterbrechen.»

Art. 4 - In Artikel 4, § 1, desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 4. März 1999 (II) ist das Wort «A.C.S.» durch «BVA» zu ersetzen.

In Artikel 4, § 1, Absatz 1, 8°, desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 4. März 1999 (II), ist das Wort «FOREM» durch «Arbeitsamt» zu ersetzen, der Wortlaut «das Institut für ständige Ausbildung des Mittelstandes und der Klein- und Mittelbetriebe» durch «Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen» zu ersetzen und das Wort «A.W.I.P.H.» durch «Dienststelle für Personen mit einer Behinderung» zu ersetzen.

In Artikel 4, § 1, Absatz 1, 13°, desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 4. März 1999 (II), ist nach der Wortfolge «bezuschusstes Vertragspersonalmitglied» die Wortfolge «bzw. BVA» einzufügen.

Artikel 4, § 1, Absatz 1, desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 4. März 1999 (II), wird ergänzt durch die Wortfolge «18. die Arbeitnehmer, die im Rahmen der Konvention zum ersten Arbeitsplatz, eingeführt durch Kapitel VIII des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung, beschäftigt werden.».

Artikel 4, § 3, desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 26. März 1998, wird aufgehoben.

Artikel 4, § 4, desselben Erlasses, wird aufgehoben.

Artikel 4, § 5, desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 22. Januar 1998 (II), wird aufgehoben.

In Artikel 4, § 7, desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse vom 22. Januar 1998 (I) und 4. März 1999 (II) wird die Wortfolge « die in Artikel 5, § 3, Absatz 2 angeführten A.C.S.» ersetzt durch «BVA».

Art. 5 - Artikel 5 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse vom 22. Januar 1998 (I), 22. Januar 1998 (II), 4. Juni 1998 und 9. Juli 1998, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Artikel 5

§ 1 Im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft beträgt die maximale jährliche Prämie 250.000 BEF pro in Vollzeitäquivalent ausgedrückter Einstellung eines BVA durch den Arbeitgeber.

§ 2 Für die in Artikel 2, Absatz 1, angeführten Arbeitgeber:

1. die am 1. Januar 2001 einen BVA einstellen, der am 31. Dezember 2000 im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern oder im Rahmen der in Artikel 4, § 1, 14°, angeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme Arbeitnehmer war,

2. die einen BVA nach dem 1. Januar 2001 einstellen, insofern er am 31. Dezember 2000 und durchgehend bis zum Vortag der Vertragsdurchführung im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern oder im Rahmen der in Artikel 4, § 1, 14°, angeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme durch einen Arbeitsvertrag gebunden war,

3. die einen BVA einstellen, der mindestens 12 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist,

4. die einen BVA einstellen, der mindestens neun Monate Empfänger des Existenzminimums oder der Sozialhilfe ist,

5. die einen BVA einstellen, der mindestens 45 Jahre alt und 6 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist,

6. die einen BVA einstellen, der mindestens 12 Monate als Arbeitnehmer im Rahmen der unter Artikel 4, § 1, 16°, angeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme tätig war, beträgt im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft die maximale jährliche Prämie 450.000 BEF pro in Vollzeitäquivalent ausgedrückter Einstellung eines BVA.

Diese maximale jährliche Prämie darf aufgrund der Einstellung des Arbeitnehmers, der die im vorigen Absatz unter 1° oder 2° angeführten Bedingungen erfüllt, nur für einen einzigen Arbeitsvertrag im Laufe der Berufslaufbahn des Arbeitnehmers gelten.

Für die Anwendung des vorigen Absatzes können zwei parallel laufende Teilzeitarbeitsverträge für insgesamt maximal eine vollzeitäquivalente Beschäftigung gelten.

Die im vorigen Absatz unter 3° bis 6° aufgezählten Bedingungen müssen am Vortag der Vertragsdurchführung zutreffen.

§ 3 Für die in Artikel 2, Absatz 1, angeführten Arbeitgeber:

1. die am 1. Januar 2001 einen BVA einstellen, der am 31. Dezember 2000 im Rahmen einer in Artikel 4, § 1, 11° oder Artikel 4, § 1, 17°, angeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme Arbeitnehmer war,

2. die einen BVA nach dem 1. Januar 2001 einstellen, insofern er am 31. Dezember 2000 und durchgehend bis zum Vortag der Vertragsdurchführung im Rahmen einer in Artikel 4, § 1, 11°, oder Artikel 4, § 1, 17°, angeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme durch einen Arbeitsvertrag gebunden war,

3. die einen BVA einstellen, der mindestens 36 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist,

4. die einen BVA einstellen, der mindestens 18 Monate Empfänger des Existenzminimums oder der Sozialhilfe ist,

5. die einen BVA einstellen, der mindestens 45 Jahre alt und 12 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist,

beträgt im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft die maximale jährliche Prämie 750.000 BEF pro in Vollzeitäquivalent ausgedrückter Einstellung eines BVA.

Diese maximale jährliche Prämie darf aufgrund der Einstellung des Arbeitnehmers, der die im vorigen Absatz unter 1° oder 2° angeführten Bedingungen erfüllt, nur für einen einzigen Arbeitsvertrag im Laufe der Berufslaufbahn des Arbeitnehmers gelten.

Für die Anwendung des vorigen Absatzes können zwei parallel laufende Teilzeitarbeitsverträge für insgesamt maximal eine vollzeitäquivalente Beschäftigung gelten.

Die im vorigen Absatz unter 3° bis 5° aufgezählten Bedingungen müssen am Vortag der Vertragsdurchführung zutreffen.

§ 4 Für die im Rahmen des Artikels 2, Absatz 1, angeführten Arbeitgeber die BVA beschäftigen als:

a) Erzieher und Haushaltshilfen bei Mehrfachgeburten, worunter man die Geburt von mindestens drei Kindern in einem Jahr versteht;

b) Koordinationspersonal in sozioprofessionellen Eingliederungsprojekten mit Risikopublikum, in Projekten zur Notaufnahme hilfsbedürftiger Personen und in Projekten begleiteten Wohnens;

c) Koordinationspersonal in Projekten zur Vorbeugung sozialer Ausgrenzung einschließlich der Betreuung von Personen mit einer Behinderung;

beträgt im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft die maximale jährliche Prämie 850.000 BEF pro in Vollzeitäquivalent ausgedrückter Einstellung eines BVA.

Der BVA muss entweder im Besitz eines der auszuübenden Funktion entsprechenden Diploms oder Abschlusszeugnisses sein oder eine entsprechende Berufserfahrung aufweisen.

Die Regierung legt die Modalitäten der Inanspruchnahme der Dienstleistung bei Mehrfachgeburten und die Eigenbeteiligung der Eltern in den Lohnkosten fest.

§ 5 Im Falle einer Teilzeitbeschäftigung werden die in den §§ 1 bis 4 angeführten Beträge jeweils im Verhältnis zu der Arbeitsdauer des BVA gekürzt.

§ 6 Der Betrag der in Artikel 5, §§ 1 bis 4, angeführten maximalen jährlichen Prämien ist an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex bzw. Gesundheitsindex gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung der Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs gebunden.

Für die Anwendung des vorigen Absatzes ist die Prämie an den Schwellenindex, der in Anwendung des vorerwähnten Gesetzes vom 1. März 1977 am ersten Tag des Monats des Inkrafttretens dieses Erlasses gültig ist, gebunden.

§ 7 Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung die in Artikel 5, §§ 1 bis 4, des vorliegenden Erlasses vorgesehenen Beträge mit einem Koeffizienten multiplizieren.

§ 8 Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Verwaltung unverzüglich über jegliche Änderung im Arbeitsverhältnis und die Bewilligung öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten des BVA in Kenntnis zu setzen.

§ 9 Die in Artikel 4 und Artikel 5, § 2, Absatz 1, 1° bis 6° und Absatz 4 und Artikel 5, § 3, Absatz 1, 1° bis 5° und Absatz 4 vorgesehenen Bedingungen müssen durch eine vom Arbeitgeber an die Verwaltung zu übermittelnde Bescheinigung des Arbeitsamtes belegt werden.»

Art. 6 - Artikel 6bis desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 4. März 1999 (II), wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Artikel 6

§ 1 Die Prämien werden monatlich als rückforderbarer Vorschuss durch die Verwaltung gezahlt.

Die maximalen monatlichen Vorschüsse entsprechen dem Resultat der Multiplikation des jeweils gemäß Artikel 5, § 1, § 2, § 3, § 4 und gegebenenfalls § 5 zutreffenden Betrages der maximalen Prämie, geteilt durch zwölf, mit der Bruchzahl, deren Nenner die Anzahl Werktage des Monats entsprechend dem anzuwendenden Arbeitszeitregime darstellt und deren Zähler die Anzahl tatsächlicher oder gleichgestellter Arbeitstage, für die der Arbeitgeber ein Gehalt gezahlt hat, darstellt.

Der erste rückforderbare Vorschuss wird aufgrund der im Antrag enthaltenen Angaben ausgezahlt. Die folgenden rückforderbaren Vorschüsse werden aufgrund der im Gehaltsbeleg des vorigen Monats enthaltenen Angaben ausgezahlt.

§ 2 Die Gehaltsbelege müssen spätestens innerhalb der zwei ersten Wochen nach Ablauf des Monats, auf welchen sie sich beziehen, bei der Verwaltung eingereicht werden.

Nach Ablauf dieser Frist ist die Verwaltung nicht mehr gehalten, die Prämie als Vorschuss zu zahlen.

Nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach dem Ziviljahr, auf welches sich die Gehaltsbelege beziehen, ist die Verwaltung nicht mehr gehalten, die Prämie zu zahlen.

§ 3 Die jährliche Prämie darf die jährliche Summe des Betrages des Bruttogehaltes des BVA, des Urlaubsgeldes, der aufgrund der anzuwendenden Gesetzgebung oder der kollektiven Arbeitsabkommen zu zahlenden Jahresendprämie und der gesetzlich vorgeschriebenen Intervention des Arbeitgebers in den Fahrtkosten des BVA zum Arbeitsplatz und der Beiträge zu Lasten des Arbeitgebers, die sowohl beim Landesamt für Soziale Sicherheit als auch bei der Arbeitsunfallversicherung und dem arbeitsmedizinischen Dienst abgeführt werden müssen, nicht übersteigen.

Pro BVA wird die Prämie jedoch um den Betrag anderer öffentlicher Interventionen in diesen Lohnkosten gekürzt, wenn die Gesamtsumme der öffentlichen Interventionen den Gesamtbetrag der Lohnkosten überschreitet.

§ 4 Die zu Unrecht gezahlten Prämien werden auf die dem Arbeitgeber noch zu zahlenden Beträge einbehalten und erforderlichenfalls zurückgefordert.»

Art. 7 - In Artikel 7, § 1, Absatz 1, desselben Erlasses wird folgender Wortlaut

«dem er folgende Schriftstücke beifügt:

1. ein Abkommensentwurf, der dem durch den Minister festgelegten Muster entspricht;
2. das Protokoll der Verhandlung mit den Gewerkschaften, das bescheinigt, dass das die in Artikel 2 genannten Arbeitgeber ihren Personalmitgliedern die Vorteile der durch das Sanierungsgesetz vom 22. Januar 1985 übers soziale Bestimmungen eingeführten Laufbahnunterbrechung zuteil werden lassen.»

ersetzt durch folgenden Wortlaut «auf dem Formular, das auf Anfrage des Arbeitgebers bei der Verwaltung erhältlich ist und dem er einen Entwurf des Abkommens entsprechend dem in der Anlage I festgelegten Muster beifügt.»

Artikel 7, § 1, Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 22. Januar 1998 (I) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Die erneuerbare Dauer der Projekte, in deren Rahmen BVA eingestellt werden können, kann bis zu drei Jahre betragen.

Nach Ablauf der Hälfte der bewilligten Projektdauer kann ein Antrag auf Projektverlängerung gestellt werden.»

Artikel 7, § 2, desselben Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 2 Nach Überprüfung des Antrags durch die Verwaltung entscheidet der Minister über den Antrag.»

Artikel 7, § 3, desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Wallonischen Regierung vom 11. Dezember 1997, 22. Januar 1998 (I), 2. April 1998 (II) und 9. Juli 1998, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 3 Der Minister genehmigt das Abkommen.

Die Genehmigung des Abkommens oder die Ablehnung des Antrags erfolgt sowohl unter der Berücksichtigung der in den Kapiteln II bis VII enthaltenen Bestimmungen als auch der Bewertung der Projekte entsprechend folgenden Kriterien:

- a) des durch das Projekt gedeckten gesellschaftlichen Bedarfs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- b) der finanziellen Tragbarkeit des Projektes, die anhand der bestehenden Bilanzen bis zu maximal drei Jahre rückwirkend ab dem Antrag und anhand eines Finanzierungsplans für die Projektdauer zu bewerten ist;
- c) der den Arbeitnehmer sozial und beruflich qualifizierenden Aspekte des Projektes;
- d) der Berücksichtigung der Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung;
- e) der Einhaltung durch den Arbeitgeber der finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Landesamt für Soziale Sicherheit, der öffentlichen Hand im Allgemeinen und der Europäischen Union;

f) der Arbeitsmarktlage in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

g) der im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft erforderlichen Prioritätsordnung der Projekte auf Grundlage der in a) und f) angeführten Kriterien

Die Genehmigung des Abkommens durch den Minister gilt als Grundsatzzustimmung. Die Verwaltung übermittelt diese Genehmigung dem Arbeitgeber und dem Arbeitsamt.

Handelt es sich um in Artikel 2, Absatz 1, 1°, angeführte Arbeitgeber, unterliegt das Abkommen der vorherigen Zustimmung des Ministers der Wallonischen Region, zu dessen Zuständigkeitsbereich der öffentliche Dienst gehört, falls die Festlegung des Personalstatuts dieser Arbeitgeber in den Zuständigkeitsbereich der Regierung der Wallonischen Region fällt.

Handelt es sich um in Artikel 2, Absatz 1, 2°, angeführte Arbeitgeber, unterliegt das Abkommen der vorherigen Zustimmung des Ministers der Französischen Gemeinschaft, zu dessen Zuständigkeitsbereich der öffentliche Dienst gehört, falls die Festlegung des Personalstatuts dieser Arbeitgeber in den Zuständigkeitsbereich der Regierung der Französischen Gemeinschaft fällt.

Handelt es sich um in Artikel 2, Absatz 1, 3°, angeführte Arbeitgeber, unterliegt das Abkommen der vorherigen Zustimmung der Regierung.

Handelt es sich um in Artikel 2, Absatz 1, 4°, angeführte Lehranstalten, unterliegt das Abkommen der vorherigen Zustimmung der Regierung der Französischen Gemeinschaft.

Handelt es sich um in Artikel 2, Absatz 1, 5°, angeführte Lehranstalten, unterliegt das Abkommen der vorherigen Zustimmung der Regierung.

Handelt es sich um in Artikel 2, Absatz 1, 6°, angeführte Arbeitgeber, unterliegt das Abkommen der vorherigen Zustimmung des für die Raumordnung und das Wohnwesen zuständigen Ministers.»

Art. 8 - In Artikel 8, Absatz 2, desselben Erlasses wird das Wort «A.C.S.» ersetzt durch «BVA», und die Wortfolge «FOREm über diese Abänderungen» wird ersetzt durch die Wortfolge «Arbeitsamt unmittelbar über alle personellen Wechsel».

Art. 9 - In Artikel 9, Absatz 1, desselben Erlasses ist das Wort «A.C.S.» durch das Wort «BVA» zu ersetzen.

Artikel 9, Absatz 2, desselben Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt «Die BVA werden als Arbeitssuchende beim Arbeitsamt eingetragen.»

Artikel 9 desselben Erlasses wird durch folgenden Absatz ergänzt:

«Der Arbeitsvertrag des BVA, der den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge unterliegt, ist schriftlich gemäß dem in der Anlage II festgelegten Muster zu vereinbaren.»

Art. 10 - In Artikel 10 desselben Erlasses ist der Begriff «A.C.S.» durch «BVA», die Wortfolge «ab dem Tag» durch «ab dem ersten Tag des Monats nach» und die Wortfolge Artikel «7, § 1, 1°,» durch «Artikel 7, § 3,» zu ersetzen.

Art. 11 - In Artikel 11, § 1, Absatz 1, ist das Wort «A.C.S.» durch «BVA» und die Wortfolge «Artikel 7, § 1, 1°» ist durch «Artikel 7, § 1, Absatz 1,» zu ersetzen.

Artikel 11, § 2, desselben Erlasses wird aufgehoben.

Artikel 11, § 3, desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 22. Januar 1998 (I), wird aufgehoben.

Art. 12 - In Artikel 12 desselben Erlasses wird die Wortfolge «bezuschnittenes Vertragspersonalmitglied das» ersetzt durch die Wortfolge «Bezuschnittener Vertragsarbeitnehmer der» und die Wortfolge «behält den Betrag der gewährten Prämie,» wird ersetzt durch die Wortfolge «wahrt den Anspruch auf eine gemäß Artikel 5 festgelegte Prämie,» und die Wörter «bezuschnittenes Vertragspersonalmitglieds» werden ersetzt durch «Bezuschnittenes Vertragsarbeitnehmers».

Art. 13 - In Artikel 13, Absatz 1, desselben Erlasses wird die Wortfolge «bezuschnittenes Vertragspersonalmitglieder» ersetzt durch «Bezuschnittenes Vertragsarbeitnehmer».

In Artikel 13, Absatz 2, desselben Erlasses wird der Begriff «A.C.S.» durch «BVA» und die Wortfolge «Artikel 2, Absatz 1, 3°» durch «Artikel 2, Absatz 1, 4° und 5°» ersetzt.

Art. 14 - In Artikel 14, § 1, Absatz 1, desselben Erlasses ist der Bezug auf «Artikel 2, Absatz 1, 1°, 2°, 5° und 8°» zu ersetzen durch «Artikel 2, Absatz 1, 1°, 2° und 3°»; das Wort «A.C.S.» ist zu ersetzen durch «BVA» und zwischen der Wortfolge «einem Beamten der Dienststellen der» und der Wortfolge «Regierung für eine gleiche oder ähnliche Aufgabe» ist das Wort «jeweiligen» einzufügen.

In Artikel 14, § 1, Absatz 2, desselben Erlasses ist der Bezug auf «Artikel 2, Absatz 1, 3°, 4°, 6° und 7°» zu ersetzen durch «Artikel 2, Absatz 1, 4°, 5°, 6° und 7°» und das Wort «A.C.S.» ist durch «BVA» zu ersetzen.

Artikel 14, § 1, Absatz 3, desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 22. Januar 1998 (I), wird ersetzt durch folgenden Wortlaut:

«Die durch die in Artikel 2, Absatz 1, 1° bis 7° angeführten Arbeitgeber beschäftigten BVA, die zuvor im Rahmen des Dekretes vom 31. Mai 1990 zur Schaffung eines speziell für Langzeitarbeitslose bestimmten Programms zur Förderung des Arbeitsmarktes im nicht-kommerziellen Sektor, des Dekretes vom 11. Juli 1996 über den zwischendeptementalen Haushaltsfonds zur Förderung der Beschäftigung im nichtkommerziellen Sektor oder des dritten Arbeitswegs beschäftigt waren, haben, wenn dies für sie günstiger ist, weiterhin unter Berücksichtigung des im vorerwähnten Rahmens erlangten Dienstalters Anrecht auf das dementsprechende Gehalt.»

In Artikel 14, § 2, desselben Erlasses wird die Wortfolge «Die effektiven Dienstleistungen, die durch den A.C.S.» ersetzt durch die Wortfolge «Für die durch die in Artikel 2, Absatz 1, 3°, angeführten Arbeitgeber eingestellten BVA sind die effektiven Dienstleistungen, die durch den BVA» und die Wortfolge «Dekret vom 31. Mai 1990 oder als A.C.S. geleistet wurden, sind zulässig» wird ersetzt durch die Wortfolge «Dekret vom 31. Mai 1990, des gemäss dem Dekret vom 11. Juli 1996 über den zwischendeptementalen Haushaltsfonds zur Förderung der Beschäftigung im nichtkommerziellen Sektor oder als BVA geleistet wurden, zulässig».

In Artikel 15 desselben Erlasses ist der Begriff «A.C.S.» durch «BVA» zu ersetzen.

In Artikel 16, Absatz 1, desselben Erlasses ist der Begriff «A.C.S.» zu ersetzen durch «BVA» und zwischen der Wortfolge «eine Bescheinigung» und dem Wort «einzureichen» ist die Wortfolge «des potentiellen Arbeitgebers» einzufügen.

Art. 15 - In Artikel 18, § 1, Absatz 1, desselben Erlasses ist der Bezug auf «Artikel 2, Absatz 1, 3°, 4°, 6° und 7°» zu ersetzen durch «Artikel 2, Absatz 1, 4°, 5°, 6° und 7°».

In Artikel 18, § 1, Absatz 1, 1°, desselben Erlasses ist die Wortfolge

«bezuschussten Personalmitglieder» zu ersetzen durch «Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer».

In Artikel 18, § 1, Absatz 1, 3° und 4° desselben Erlasses ist das Wort «A.C.S.» durch «BVA» zu ersetzen.

In Artikel 18, § 1, Absatz 2, desselben Erlasses wird die Wortfolge «Die in dem vorigen Absatz genannte Aufhebung bezieht sich» ersetzt durch «Unbeschadet der Anwendung von Artikel 6, § 2, Absatz 3, bezieht sich die in dem vorigen Absatz genannte Aufhebung».

In Artikel 18, § 2, Absatz 1, desselben Erlasses ist der Bezug auf «Artikel 2, Absatz 1, 1°, 2°, 5° und 8°» zu ersetzen durch «Artikel 2, Absatz 1, 1°, 2° und 3°».

Art. 16 - In Artikel 19, § 2, Absatz 1, desselben Erlasses ist das Wort «FOREM» zu ersetzen durch «Arbeitsamt» und die Wortfolge «und ggf. dem Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Öffentliche Dienst gehört, oder dem Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich die Raumordnung gehört.» wird ersetzt durch die Wortfolge «und entsprechend den in Artikel 7, § 3, Absatz 4 bis 9 festgelegten Kriterien gegebenenfalls dem von der Funktion her zuständigen Minister.»

Artikel 19, § 2, Absatz 2, wird aufgehoben.

Art. 17 - Artikel 21 desselben Erlasses wird ergänzt durch folgenden Wortlaut:

«10° der Ministerielle Erlass vom 29. November 1995 zur Durchführung der Artikel 7 § 1, 1°, und 9, Absatz 2, des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern;

11° der Erlass der Wallonischen Regierung vom 26. März 1998 über die lokalen Empfangs- und Dienststellen für die Beschäftigung.»

Art. 18 - In Artikel 22 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 23. Dezember 1998, wird nach dem Wortlaut «Der vorliegende Erlass» der Wortlaut «der Wallonischen Regierung» eingefügt.

In Artikel 22, 1° wird der Wortlaut «31. Dezember 1999» ersetzt durch «31. Dezember 2000».

Art. 19 - Arbeitgeber, die am 1. Januar 2001 Personal beschäftigen, das am 31. Dezember 2000 im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern oder im Rahmen der in Artikel 4, § 1, 11°, 14° und 17° angeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Arbeitnehmer war, können spätestens bis zum 28. Februar 2001 das in Artikel 7, § 1, Absatz 1, angeführte Abkommen, nachreichen.

Art. 20 - Für die Arbeitgeber der in Artikel 5, § 2, 2°, angeführten Arbeitnehmer, die vor Inkrafttreten vorliegenden Erlasses als A.C.S. beschäftigt waren und deren Kündigungsfrist aufgrund der vor dem 1. Januar 2001 erteilten Kündigung der im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragspersonalmitgliedern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, so wie zuletzt abgeändert am 6. Mai 1999, abgeschlossenen Arbeitsverträge nach dem 1. Januar 2001 abläuft, gilt ab dem 1. Januar 2001 die in Artikel 5, § 2, angeführte maximale Prämie als Grundlage zur Berechnung der gemäß vorliegendem Erlass gewährten Prämie.

Art. 21 - Mit Ausnahme von Artikel 18, der am 1. Januar 2000 wirksam wird, tritt der vorliegende Erlass am 1. Januar 2001 in Kraft.

Art. 22 - Der Minister zuständig für die Beschäftigung, den Haushalt und die Finanzen wird mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 14. Dezember 2001

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,

Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

K.H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung, Kultur und Tourismus

B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

H. NIESSEN

Anlage I

Abkommen bezüglich der Beschäftigung Bezuschusster Vertragsarbeitnehmer (BVA) gemäß Artikel 7, §1, Absatz 1, des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von BVA bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern so wie abgeändert durch Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Abkommen Nr.

ZWISCHEN

der öffentlichen Behörde oder dem gleichgestellten Arbeitgeber, erster Unterzeichner und nachstehend "der Arbeitgeber" genannt:

.....

vertreten durch:

.....

UND

dem Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zu dessen Zuständigkeitsbereich die Beschäftigung gehört, zweiter Unterzeichner,

WURDE FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1 - Der Arbeitgeber:

1° bescheinigt, dass er seinem Personal die Vorteile zuteil werden lässt, die mit der durch das Sanierungsgesetz vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen eingeführten Laufbahnunterbrechung verbunden sind;

2° gewährleistet, während der Gültigkeitsdauer des vorliegenden Abkommens, die Anzahl von Praktikanten zu beschäftigen, die durch den Königlichen Erlass Nr. 230 vom 21. Dezember 1983 über das Praktikum und die berufliche Eingliederung der Jugendlichen vorgesehen ist. (1)

3° gewährleistet, dass die Ausübung der Aktivitäten der von ihm beschäftigten Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer sich ausschließlich auf jene Aktivitäten beschränkt, die gleichzeitig:

- a) von öffentlichem, sozialen oder kulturellem Interesse sind;
- b) keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgen;
- c) öffentlichen Bedürfnissen entsprechen, die ansonsten nicht erfüllt worden wären.

Art. 2 - Der in Artikel 2, Absatz 1, 1° bis 5° des vorgenannten Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 angeführte Arbeitgeber verpflichtet sich, Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer ausschließlich einzusetzen um:

1° entweder auf außerordentliche und zeitlich begrenzte Personalbedürfnisse einzugehen, unabhängig davon, ob es sich dabei um die Umsetzung von zeitlich begrenzten Aktionen handelt oder um einen außerordentlichen Anstieg des Arbeitsvolumens;

2° oder um jene Beamten zu ersetzen, die ihr Amt nicht oder nur teilweise wahrnehmen, einschließlich der Beamten, die ihre Laufbahn im Sinne des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1991 bezüglich der Unterbrechung der Berufslaufbahn in den Verwaltungen und anderen Dienststellen der Ministerien unterbrechen;

3° oder um nebensächliche oder spezifische Aufgaben wahrzunehmen.

Art. 3 - Der Arbeitgeber verpflichtet sich, gemäß Artikel 11, §1, des vorgenannten Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 die durchschnittliche Anzahl der nicht bezuschussten Personalmitglieder, die er während des Jahres vor dem Einreichen des Antrags beschäftigte, nicht zu verringern, es sei denn der zweite Unterzeichner hat einer diesbezüglichen Ausnahmeregelung zugestimmt.

Art. 4 - Der Arbeitgeber verpflichtet sich, den zweiten Unterzeichner unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen, ob er für den Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer anderwärtig eine Kostenbeteiligung erhält.

Art. 5 - Der Arbeitgeber verpflichtet sich, für die durch ihn beschäftigten Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer entweder bei einer anerkannten Prämienversicherungsgesellschaft oder bei einer anerkannten allgemeinen Versicherungskasse eine Versicherung gegen Arbeitsunfälle abzuschließen. Diese Versicherung deckt alle in den Artikeln 7 und 8 des Gesetzes vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle oder in Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 1967 zur Vorbeugung und Wiedergutmachung von Schäden, die aus Arbeitsunfällen, Unfällen auf dem Weg zur Arbeit und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor resultieren.

Art. 6 - Der Arbeitgeber verpflichtet sich, der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft unverzüglich jede Änderung mitzuteilen, die in der Lage sein könnte, die in Anwendung der vorgenannten Artikel 1 bis 4 verbindlich mitgeteilten Angaben abzuändern.

Art. 7 - Der Arbeitgeber verpflichtet sich, den mit der Kontrolle beauftragten Beamten und Bediensteten zu erlauben, die vom Personal genutzten Räumlichkeiten und anderen Arbeitsplätze ungehindert zu besichtigen, ohne dass ihm dieser Besuch vorher anzukündigen ist. Außerdem verpflichtet er sich, diesen Beamten und Bediensteten die Möglichkeit zu bieten, jegliche Studie, Kontrolle und Untersuchung durchzuführen, sowie alle zweckdienlichen Informationen zu sammeln, die der Feststellung dienen, dass alle bezüglich der Beschäftigung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern durch den Antragsteller im genehmigten Antrag angeführten Bedingungen und Aufgaben durch ihn eingehalten werden.

Art. 8 - Der in Artikel 2, Absatz 1, 1° bis 5° des vorgenannten Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 angeführte Arbeitgeber verpflichtet sich, bei der Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer den in Artikel 4 und 5 des vorgenannten Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 aufgezählten Personalkategorien Priorität zu geben.

Art. 9 - Der zweite Unterzeichner verpflichtet sich, die gemäß Artikel 5 und 6 des vorgenannten Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 berechnete Prämie unter der Bedingung zu gewähren, dass der Antragsteller die in den Artikeln 1 bis 7 des vorliegenden Abkommens angeführten Verpflichtungen beachtet.

Art. 10 - Der Arbeitgeber, auf den eine der Aufzählungen von 1. bis 7. des Artikels 2 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 zutrifft, kann pro Einstellung eines vollzeitäquivalenten Bezuschussten Vertragsarbeitnehmers eine der in folgender Tabelle in der Rubrik I angeführten Zuschusskategorien beanspruchen, insofern die Bedingungen der entsprechenden Zuschusskategorie, gemäss Rubrik II, am Vortag der Vertragsdurchführung erfüllt und die in diesem Abkommen festgelegte Projektbezeichnung des Arbeitgebers und Tätigkeitsbezeichnung des Bezuschussten Vertragsarbeitnehmers vereinbar sind.

I	II	Anzahl VZÄ ² BVA		Genehmigungsdatum	Projekt- und Tätigkeitsbezeichnung
			Dem Ministerium vorbehalten		
Zuschusskategorie ³	Erlass der Wallonischen Regierung vom 11/05/1995 so wie abgeändert durch Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Beantragte VZÄ insgesamt:	Genehmigte VZÄ insgesamt:		
		Aufgegliedert wie folgt:	Aufgegliedert wie folgt:		
250.000 BEF oder 450.000 BEF oder 750.000 BEF	Art. 4 und Art. 5, § 1 Art. 5, § 2 Art. 5, § 3				
Folgende Zuschusskategorie gilt nur für die in Art. 4 und Art. 5, § 4 angeführten Tätigkeiten:					
850.000 BEF	Art. 4 und Art. 5, § 4				

Note

(1) In Anwendung der Übergangsbestimmung gemäß Artikel 54 des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 über die Förderung der Beschäftigung, das in seinem Kapitel VIII die Bestimmungen der Konvention zum ersten Arbeitsplatz beinhaltet, so lange die in Anwendung des Königlichen Erlasses Nr. 230 abgeschlossenen Verträge noch nicht abgelaufen sind.

(2) Vollzeitäquivalent

(3) Maximale jährliche Prämie, begrenzt auf die in Artikel 6, § 3 des Erlasses angeführten Lohn- und Lohnnebenkosten.

Bei Einstellung und Ersatz des Bezuschussten Vertragsarbeitnehmers durch einen anderen BVA ist das Einhalten der Bedingungen der entsprechenden Zuschusskategorien durch den Arbeitgeber mittels einer Bescheinigung des Arbeitsamtes oder des ÖSHZ beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Ausbildung, Beschäftigung und Europäische Programme (ABEP), zwecks Auszahlung der Prämie zu belegen.

Der Arbeitgeber verpflichtet sich, gemäß Artikel 6 des genannten Erlasses derselben Abteilung jeden Monat die Gehaltsbelege der Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer zu übermitteln.

Wenn der Arbeitgeber es unterlässt, die Gehaltsbelege binnen der Ausschlussfrist von zwei Monaten nach dem Ziviljahr, auf das sich die Gehaltsbelege beziehen, beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Ausbildung, Beschäftigung und Europäische Programme, einzureichen, ist das Ministerium nicht mehr gehalten, die Prämie zu zahlen.

Art. 11 - Die im vorangehenden Artikel angeführten Zuschusskategorien werden für eine Anzahl von beschäftigten Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern am (Datum) gewährt, die folgendermaßen verteilt werden:

	Zuschusskategorie Art. 5	
	§ 1 oder § 2 oder § 3	§ 4
..... in einem Vollzeitarbeitsvertrag		
..... in einem Teilzeitarbeitsvertrag		

Gemäß Artikel 8 des vorgenannten Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 kann durch ein dem Ministerium und dem Arbeitsamt zugestelltes einfaches Schreiben ein vollzeitig beschäftigter Bezuschusster Vertragsarbeitnehmer durch mehrere teilzeitig beschäftigte Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer ersetzt werden und umgekehrt. Insofern die Bedingungen gemäß Artikel 5 desselben Erlasses, die auf den ersetzten Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer Anwendung fanden, auch auf den Ersatz Anwendung finden, ist die gleiche Zuschusskategorie anwendbar.

Art. 12 - Was die in Artikel 2, Absatz 1°, 1° bis 5° desselben Erlasses genannten Arbeitgeber betrifft, werden die nachstehend genannten Vertragsarbeitnehmer eingestellt, um Beamte zu ersetzen, bei denen es sich nicht um Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer handelt und die ihre Laufbahn im Sinne des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen unterbrechen:

NAME	VORNAME(N)	

Für die obengenannten Arbeitnehmer wird keine Prämie gewährt.

Art. 13 - Die Prämie wird im Verhältnis zu der Dauer und dem Arbeitsverhältnis jedes in Artikel 11 des vorliegenden Abkommens genannten Vertrags ausgezahlt.

Art. 14 - Die Auszahlung der Prämie wird aufgehoben, falls der Antragsteller gegen die in den Artikeln 1 bis 4 des vorliegenden Abkommens angeführten Bedingungen verstößt.

Sie wird ebenfalls aufgehoben, falls der Antragsteller gegen die in Artikel 2 des vorliegenden Abkommens angeführten Bedingungen verstößt, wobei diese Aufhebung sich jedoch nur auf jene Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer bezieht, die unerlaubte Tätigkeiten ausgeführt haben.

Art. 15 - Der zweite Unterzeichnete kann das vorliegende Abkommen zu jedem Zeitpunkt unter der Bedingung beenden, dass diese Entscheidung dem Arbeitgeber sechs Monate vor Ablauf des Abkommens mitgeteilt wird.

Art. 16 - Der Einsatz der durch vorliegendes Abkommen gebilligten BVA unterliegt nachstehenden Zusatzbedingungen:

Art. 17 - Das vorliegende Abkommen wird abgeschlossen für eine bestimmte Dauer, d.h. vom bis zum

unter Vorbehalt des Einverständnisses des Ministers der Wallonischen Regierung oder des Ministers der Französischen Gemeinschaft, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Öffentliche Dienst gehört, was jeweils die in Artikel 2, Absatz 1, 1° und 2°, des vorgenannten Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 genannten Arbeitgeber betrifft;

unter Vorbehalt des Einverständnisses der Regierung der Französischen Gemeinschaft was die in Artikel 2, Absatz 1, 4° desselben Erlasses genannten Arbeitgeber betrifft;

unter Vorbehalt des Einverständnisses des Ministers, zu dessen Zuständigkeitsbereich die Raumordnung und das Wohnwesen gehört, was die in Artikel 2, Absatz 1, 6°, desselben Erlasses genannten Arbeitgeber betrifft;

unter Vorbehalt des Einverständnisses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, was die in Artikel 2, Absatz 1, 3° und 5° desselben Erlasses genannten Arbeitgeber betrifft;

Ausgefertigt in vier Exemplaren, wobei jede Partei erklärt, ein Exemplar zu besitzen.

Geschehen zu, den

Der Arbeitgeber

Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich die
Beschäftigung gehört

.....

Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich
..... gehört.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern als Anlage beigefügt zu werden.

Eupen, den 14. Dezember 2000

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

K.H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung, Kultur und Tourismus

B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

H. NIESSEN

Anlage II

Erlass der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern (BVA) bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, abgeändert durch Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Arbeitsvertrag für Arbeiter/Angestellte (*)

ZWISCHEN

der öffentlichen Behörde oder dem gleichgestellten Arbeitgeber, erster Unterzeichner und nachstehend "der Arbeitgeber" genannt, einerseits,

.....

(Name und Adresse der öffentlichen Behörde oder des gleichgestellten Arbeitgebers)

vertreten durch

.....

(Name und Vorname)

UND

.....

(Name und Vorname)

Anschrift:

Geburtsdatum und -ort:

Nationalität: Geschlecht:

nachstehend "der Arbeitnehmer" genannt, andererseits,

WURDE FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1 - (Name des Arbeitgebers) stellt den oben genannten Arbeitnehmer als Arbeiter/Angestellten (*) ein, der einwilligt, das Amt / die Tätigkeit (*) eines (Beschreibung) im nicht-kommerziellen Bereich auszuüben, in (Ort) für eine

..... unbestimmte Dauer ab dem (*)

..... bestimmte Dauer vom bis (*)

Art. 2 - Die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge sind auf den vorliegenden Vertrag anwendbar.

Art. 3 - Der vorliegende Vertrag beginnt mit einer Probezeit von Monaten, Tagen (*).

Art. 4 - Das Gehalt des Arbeitnehmers wird auf BEF/EUR pro Stunde/ pro Jahr (*) festgelegt.

Das derart festgelegte Gehalt entspricht:

— für die Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer der im Erlass vom 11. Mai 1995 in Artikel 2, Absatz 1, 1° bis 3°, angeführten Arbeitgeber dem Gehalt eines Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das für dieselbe bzw. die gleiche Funktion gezahlt wird, einschließlich der in den Gehaltstabellen festgelegten Erhöhungen und der Jahresendprämie;

— für die Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer der im Erlass vom 11. Mai 1995 in Artikel 2, Absatz 1, 4°, 5°, 6° und 7°, angeführten Arbeitgeber dem Gehalt das für dieselbe bzw. die gleiche Funktion in dieser Einrichtung, Vereinigung oder Gesellschaft gezahlt wird.

Art. 5 - Der Arbeitsvertrag wird für eine Vollzeit/Teilzeitbeschäftigung abgeschlossen (*).

Der Teilzeitarbeitsvertrag wird für das folgende Arbeitsregime abgeschlossen:

..... (Stundenproporz oder Prozentsatz relativ zur Vollzeitbeschäftigung)

ARBEITSZEITEN		
Montag	von	bis
Dienstag	von	bis
Mittwoch	von	bis
Donnerstag	von	bis
Freitag	von	bis
Samstag	von	bis
Sonntag	von	bis

Art. 6 - Was den Jahresurlaub betrifft, findet auf die Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer das gleiche System Anwendung, das auf die anderen Arbeitnehmer des Arbeitgebers zutrifft.

Geschehen zu, den

Ausgefertigt in vier Exemplaren, wobei jede Partei erklärt, ein Exemplar zu besitzen.

Der Arbeitgeber

Der Arbeitnehmer

Note

(* Unzutreffendes bitte streichen)

Gesehen, um dem Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000 zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern als Anlage beigefügt zu werden,

Eupen, den 14. Dezember 2000

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport
K.H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung, Kultur und Tourismus
B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales
H. NIESSEN

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2001 — 1229

[C — 2001/33016]

14 DECEMBRE 2001. — Arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi-programme du 30 décembre 1988 par laquelle est instauré un système d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics, notamment l'article 93, modifié par la loi du 22 juillet 1993 et l'arrêté royal du 3 avril 1997, l'article 94, modifié par la loi du 22 juillet 1993, l'article 95, modifié par les lois des 20 juillet 1991 et 22 juillet 1993, les articles 96 et 97, l'article 99, modifié par la loi du 29 décembre 1990 et les articles 100 et 101;

Vu le décret du Conseil régional wallon du 6 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 10 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, tel que modifié par les arrêtés des 4 avril 1996, 25 avril 1996, 19 décembre 1996 (I), 19 décembre 1996 (II), 27 février 1997, 27 novembre 1997, 11 décembre 1997, 22 janvier 1998 (I), 22 janvier 1998 (II), le décret du 5 février 1998 (I) et par les arrêtés des 26 mars 1998, 2 avril 1998 (II), 14 mai 1998, 4 juin 1998, 9 juillet 1998, 23 décembre 1998, 4 mars 1999 (II) et le décret du 6 mai 1999;

Vu l'avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, donné le 28 novembre 2000;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 12 décembre 2000;

Vu l'accord du Ministre compétent en matière de Finances et de Budget;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant l'impérieuse nécessité de communiquer de manière contraignante aux employeurs et travailleurs impliqués dans diverses mesures favorisant l'emploi les conditions et modalités de reconnaissance et de subsidiation de ces mesures par la Communauté germanophone avant le début de l'année civile 2001 étant donné qu'une multitude de projets faisant l'objet de mesures favorisant l'emploi voient leur autorisation ministérielle arriver à échéance le 31 décembre 2000;

Sur la proposition du Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. En application de l'article 139 de la Constitution et en vertu du décret du Conseil de la Communauté germanophone du 10 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles et du décret du Conseil régional wallon du 6 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles, le présent arrêté règle, pour la région de langue allemande, une matière relevant de la compétence « Emploi » telle que visée à l'article 6, § 1, IX de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980, à savoir

la modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, tel que modifié par les arrêtés des 4 avril 1996, 25 avril 1996, 19 décembre 1996 (I), 19 décembre 1996 (II), 27 février 1997, 27 novembre 1997, 11 décembre 1997, 22 janvier 1998 (I), 22 janvier 1998 (II), le décret du 5 février 1998 (I) et par les arrêtés des 26 mars 1998, 2 avril 1998 (II), 14 mai 1998, 4 juin 1998, 9 juillet 1998, 23 décembre 1998, 4 mars 1999 (II) et le décret du 6 mai 1999.

Dans le cadre du champ d'application du présent arrêté et dans les textes réglementaires applicables en la matière, il faut lire « travailleur contractuel subventionné (T.C.S.) au lieu de « agent contractuel subventionné (A.C.S.) ».

Dans le titre de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, il faut lire « travailleur contractuel subventionné (T.C.S.) au lieu de « agent contractuel subventionné (A.C.S.) ».

Art. 2. L'article 1, 2°, de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés est remplacé par le libellé suivant :

« 2° « l'administration » : le Ministère de la Communauté germanophone, Division « Formation, Emploi et Programme européens »; ».

L'article 1, 3°, du même arrêté, modifié par le décret du 6 mai 1999, est remplacé par le libellé suivant :

« 3° « l'Office de l'emploi » : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone; ».

L'article 1, 4°, du même arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« 4° « le T.C.S. » : le travailleur contractuel subventionné; ».

Art. 3. L'article 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, modifié par les arrêtés des 27 février 1997, 11 décembre 1997, 22 janvier 1998 (I), 22 janvier 1998 (II), 26 mars 1998, 2 avril 1998, 14 mai 1998 et 4 juin 1998, est remplacé par le libellé suivant :

« Dans le cadre des crédits budgétaires libérés à cette fin par la Communauté germanophone, les employeurs suivants peuvent bénéficier d'une prime annuelle pour l'engagement d'agents contractuels appelés « travailleurs contractuels subventionnés » (T.C.S.) :

- 1° les administrations et services de la Région wallonne et les établissements publics qui en dépendent;
- 2° les administrations et services de la Communauté française et les établissements publics qui en dépendent;
- 3° les administrations et services de la Communauté germanophone et les établissements publics qui en dépendent;
- 4° les établissements d'enseignement reconnus ou subventionnés par la Communauté française;
- 5° les établissements d'enseignement reconnus ou subventionnés par la Communauté germanophone;
- 6° les sociétés immobilières de service public;
- 7° les établissements d'utilité publique et les associations sans but lucratif régis par la loi du 27 juin 1921 accordant la personnalité civile aux associations sans but lucratif et aux établissements d'utilité publique ainsi que les associations de fait sans but lucratif, pour autant que les associations sans but lucratif et associations de fait aient été constituées en vue de poursuivre un but social, humanitaire ou culturel ou ayant trait à la promotion du sport, du tourisme, du développement durable ou d'un programme d'aide à l'établissement d'entreprises. »

À l'article 2, alinéa 2, du même arrêté, l'abréviation « A.C.S. » est remplacée par « travailleurs contractuels subventionnés ».

À l'article 3, alinéa 1^{er}, 1°, du même arrêté, les mots « et associations de fait sans but lucratif » doivent être insérés après « sans but lucratif ».

L'article 3 est complété par l'alinéa suivant :

« En ce qui concerne les employeurs mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1°, 2° et 3°, il ne faut pas payer de prime pour les travailleurs contractuels qui ont été engagés pour remplacer des agents, autres que des travailleurs contractuels subventionnés, qui interrompent leur carrière professionnelle au sens de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales. »

Art. 4. À l'article 4, § 1, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 4 mars 1999 (II), il faut remplacer « A.C.S. » par « T.C.S. »

À l'article 4, § 1, alinéa 1^{er}, 8°, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 4 mars 1999 (II), il faut remplacer « FOREM » par « Office de l'emploi » et « A.W.I.P.H. » par « Office pour les personnes handicapées ».

À l'article 4, §1, alinéa 1^{er}, 13°, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 4 mars 1999 (II), il faut insérer les termes « ou comme T.C.S. » après « agent contractuel subventionné ».

L'article 4, §1, alinéa 1^{er}, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 4 mars 1999 (II), est complété comme suit :

« 18° les travailleurs occupés dans les liens d'une convention de premier emploi, instaurée par le chapitre VIII de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi. »

L'article 4, § 3, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 26 mars 1998, est abrogé.

L'article 4, § 4, du même arrêté est abrogé.

L'article 4, § 5, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 22 janvier 1998 (II), est abrogé.

À l'article 4, § 7, du même arrêté, modifié par les arrêtés des 22 janvier 1998 (I) et 4 mars 1999 (II), le passage « des A.C.S. visés à l'article 5, § 3, alinéa 2 » est remplacé par « des T.C.S. ».

Art. 5. L'article 5 du même arrêté, modifié par les arrêtés des 22 janvier 1998 (I), 22 janvier 1998 (II), 4 juin 1998 et 9 juillet 1998, est remplacé par le libellé suivant :

« Article 5 - § 1 - Dans le cadre des crédits budgétaires libérés à cette fin par la Communauté germanophone, la prime annuelle pour l'engagement de T.C.S. par l'employeur est plafonnée à 250.000F par équivalent temps plein.

§2 - Dans le cadre des crédits budgétaires libérés à cette fin par la Communauté germanophone, la prime annuelle pour l'engagement de T.C.S. est plafonnée à 450.000F par équivalent temps plein pour les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, qui :

1° engagent au 1^{er} janvier 2001 un T.C.S. qui, au 31 décembre 2000, était occupé en vertu de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés ou dans le cadre de la mesure favorisant l'emploi visée à l'article 4, § 1, 14°;

2° engagent un T.C.S. après le 1^{er} janvier 2001, dans la mesure où celui-ci était, au 31 décembre 2000 et de manière ininterrompue jusqu'à la veille de l'exécution du contrat, occupé dans les liens d'un contrat de travail en vertu de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés ou dans le cadre de la mesure favorisant l'emploi visée à l'article 4, § 1, 14°;

3° engagent un T.C.S. qui a été chômeur complet indemnisé pendant au moins 12 mois;

4° engagent un T.C.S. qui a bénéficié du minimex ou de l'aide sociale pendant au moins 9 mois;

5° engagent un T.C.S. âgé d'au moins 45 ans qui est chômeur complet indemnisé depuis 6 mois;

6° engagent un T.C.S. qui a été, pendant au moins 12 mois, occupé dans le cadre de la mesure favorisant l'emploi visée à l'article 4, §1, 16°.

Lorsqu'il s'agit de l'engagement d'un travailleur remplissant les conditions reprises aux points 1° et 2° de l'alinéa précédent, la prime annuelle maximale ne peut valoir que pour un seul contrat de travail sur toute la carrière du travailleur.

Pour l'application de l'alinéa précédent, deux contrats simultanés de travail à temps partiel peuvent valoir pour un équivalent temps plein au plus.

Les conditions reprises aux points 3° à 6° de l'alinéa précédent doivent être remplies la veille de l'exécution du contrat.

§ 3 - Dans le cadre des crédits budgétaires libérés à cette fin par la Communauté germanophone, la prime annuelle pour l'engagement de T.C.S. est plafonnée à 750.000F par équivalent temps plein pour les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, qui :

1° engagent au 1^{er} janvier 2001 un T.C.S. qui, au 31 décembre 2000, était occupé dans le cadre d'une mesure favorisant l'emploi visée à l'article 4, § 1, 11° ou à l'article 4, § 1, 17°;

2° engagent un T.C.S. après le 1^{er} janvier 2001, dans la mesure où celui-ci était, au 31 décembre 2000 et de manière ininterrompue jusqu'à la veille de l'exécution du contrat, occupé dans les liens d'un contrat de travail dans le cadre d'une mesure favorisant l'emploi visée à l'article 4, § 1, 11° ou à l'article 4, § 1, 17°;

3° engagent un T.C.S. qui a été chômeur complet indemnisé pendant au moins 36 mois;

4° engagent un T.C.S. qui a bénéficié du minimex ou de l'aide sociale pendant au moins 18 mois;

5° engagent un T.C.S. âgé d'au moins 45 ans qui est chômeur complet indemnisé depuis 12 mois.

Lorsqu'il s'agit de l'engagement d'un travailleur remplissant les conditions reprises aux points 1° et 2° de l'alinéa précédent, la prime annuelle maximale ne peut valoir que pour un seul contrat de travail sur toute la carrière du travailleur.

Pour l'application de l'alinéa précédent, deux contrats simultanés de travail à temps partiel peuvent valoir pour un équivalent temps plein au plus.

Les conditions reprises aux points 3° à 5° de l'alinéa précédent doivent être remplies la veille de l'exécution du contrat.

§ 4 - Dans le cadre des crédits budgétaires libérés à cette fin par la Communauté germanophone, la prime annuelle pour l'engagement de T.C.S. est plafonnée à 850.000F par équivalent temps plein pour les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, qui engagent des T.C.S. :

a) en tant qu'éducateur et aide ménagère en cas de naissance multiple, à savoir lors de la naissance d'au moins trois enfants en un an;

b) en tant que personnel de coordination pour des projets d'insertion socio-professionnelle de personnes à risques, des projets d'accueil d'urgence de nécessiteux et des projets d'habitations protégées;

c) en tant que personnel de coordination pour des projets tendant à prévenir l'exclusion sociale, en ce compris la guidance de personnes handicapées.

Le T.C.S. doit soit être titulaire d'un diplôme ou certificat de fin d'études correspondant à la fonction à exercer soit pouvoir apporter la preuve d'une expérience professionnelle correspondante.

Le Gouvernement fixe les modalités de recours aux prestations en cas de naissance multiple ainsi que la participation personnelle des parents aux charges salariales.

§ 5 - En cas de travail à temps partiel, les montants figurant aux §§ 1 à 4 sont réduits au prorata de la durée des prestations.

§ 6 - Le montant de la prime plafonnée figurant à l'article 5, §§ 1 à 4, est lié à l'évolution de l'indice des prix à la consommation ou de l'indice-santé conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public.

Pour l'application de l'alinéa précédent, la prime est liée à l'indice-pivot qui, en vertu de la loi précitée du 1^{er} mars 1977, est d'application au premier jour du mois d'entrée en vigueur de cet arrêté.

§ 7 - Afin de les adapter aux crédits budgétaires libérés par la Communauté germanophone, le Gouvernement peut multiplier par un coefficient les montants prévus à l'article 5, §§ 1 à 4 du présent arrêté.

§ 8 - L'employeur est obligé d'informer sans délai l'administration de tout changement intervenu au niveau du régime de travail et de toute intervention publique dans les charges salariales d'un T.C.S.

§ 9 - L'employeur est tenu de transmettre à l'administration une attestation de l'Office de l'emploi pour prouver que les conditions prévues aux articles 4, 5, § 2, alinéa 1^{er}, 1° à 6° et alinéa 4 ainsi qu'à l'article 5, § 3, alinéa 1^{er}, 1° à 5° et alinéa 4 sont remplies. ».

Art. 6. L'article 6*bis* du même arrêté, inséré par l'arrêté du 4 mars 1999 (II), est remplacé par le libellé suivant :

« Article 6*bis* - § 1 - Les primes sont liquidées mensuellement par l'administration sous forme d'avances récupérables.

Le plafond des avances mensuelles correspond au résultat obtenu en multipliant le douzième du montant de la prime plafonnée conformément à l'article 5, § 1, § 2, § 3, § 4 et, le cas échéant, § 5 par une fraction dont le dénominateur est le nombre de jours ouvrables du mois en fonction du régime de travail applicable et le numérateur le nombre de jours de travail effectifs ou assimilés pour lesquels l'employeur a payé un traitement.

La première avance récupérable est liquidée d'après les données figurant dans la demande. Les autres le sont d'après les données contenues dans les justificatifs du traitement se rapportant au mois précédent.

§ 2 - Les justificatifs de traitement doivent être introduits auprès de l'administration dans les deux semaines suivant la fin du mois auquel ils se rapportent.

Au terme de ce délai, l'administration n'est plus tenue de liquider la prime sous forme d'avance.

Au terme d'un délai de deux mois suivant l'année civile à laquelle se rapportent les justificatifs de traitement, l'administration n'est plus tenue de liquider la prime.

§ 3 - La prime annuelle ne peut dépasser le montant annuel obtenu en additionnant le traitement brut du T.C.S., le pécule de vacances, la prime de fin d'année due en vertu de la législation applicable ou des conventions collectives de travail, l'intervention légale de l'employeur dans les frais de transport encourus par le T.C.S. pour se rendre au travail et les cotisations patronales à verser tant à l'Office national de Sécurité sociale qu'à l'assurance contre les accidents du travail et au service de la médecine du travail.

Par T.C.S., la prime est toutefois diminuée du montant de toute autre intervention publique dans ces coûts salariaux, lorsque la somme totale des interventions publiques dépasse le montant total des coûts salariaux.

§ 4 - Les primes indûment payées sont retenues sur les montants restant dûs à l'employeur et récupérées s'il échet. ».

Art. 7. L'article 7, § 1, alinéa 1^{er}, du même arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« L'employeur qui désire engager des T.C.S. adresse à l'administration une demande libellée sur le formulaire qu'il peut obtenir sur simple demande auprès de l'administration et auquel il joint un projet de convention conforme au modèle figurant à l'Annexe I ».

L'article 7, § 1, alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement wallon du 22 janvier 1998 (I), est remplacé par le libellé suivant :

« Les projets dans le cadre desquels des T.C.S. peuvent être engagés sont renouvelables pour une période de trois ans maximum.

Une demande de prolongation peut être introduite au terme de la moitié de la durée initialement autorisée pour le projet. ».

L'article 7, § 2 du même arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« § 2 - Le Ministre statue après vérification de la demande par l'administration. »

L'article 7, § 3 du même arrêté, modifié par les arrêtés de la Région wallonne des 11 décembre 1997, 22 janvier 1998 (I), 2 avril 1998 (II) et 9 juillet 1998, est remplacé par le libellé suivant :

« § 3 - Le Ministre approuve la convention.

La convention est approuvée ou la demande rejetée en se basant sur les dispositions contenues dans les chapitre II à VII et en évaluant les projets à la lumière des critères suivants :

- a) le taux de couverture du projet par rapport au besoin social existant en Communauté germanophone;
- b) la viabilité financière du projet, évaluée en se basant sur les bilans de maximum trois années précédant la demande et sur le plan de financement pour la durée du projet;
- c) les aspects du projet qui, pour le travailleur, sont qualifiants d'un point de vue socio-professionnel;
- d) le respect des principes d'un développement durable;
- e) le respect par l'employeur de ses obligations financières envers l'Office national de Sécurité sociale, des pouvoirs publics en général et de l'Union européenne;
- f) la situation du marché de l'emploi en Communauté germanophone;
- g) l'ordre de priorité des projets, imposé par les limites des crédits budgétaires libérés par la Communauté germanophone et établi sur la base des critères a) et f).

L'approbation de la convention par le Ministre vaut accord de principe. L'administration transmet cette approbation à l'employeur et à l'Office de l'emploi.

En ce qui concerne les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1^o, la convention doit être soumise à l'accord préalable du Ministre de la Région wallonne qui a la fonction publique dans ses attributions lorsque la fixation du statut du personnel de ces employeurs relève de la compétence du Gouvernement wallon.

En ce qui concerne les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 2^o, la convention doit être soumise à l'accord préalable du Ministre de la Communauté française qui a la fonction publique dans ses attributions lorsque la fixation du statut du personnel de ces employeurs relève de la compétence du Gouvernement de la Communauté française.

En ce qui concerne les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 3^o, la convention doit être soumise à l'accord préalable du Gouvernement.

En ce qui concerne les établissements d'enseignement visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4^o, la convention doit être soumise à l'accord préalable du Gouvernement de la Communauté française.

En ce qui concerne les établissements d'enseignement visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 5^o, la convention doit être soumise à l'accord préalable du Gouvernement.

En ce qui concerne les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6^o, la convention doit être soumise à l'accord préalable du Ministre qui a l'aménagement du territoire et le logement dans ses attributions.

Art. 8. A l'article 8, alinéa 2, du même arrêté, l'abréviation « A.C.S. » est remplacée « T.C.S. » et le passage « le FOREm de ces changements » par « immédiatement l'Office de l'emploi de tout changement en matière de personnel ».

Art. 9. A l'article 9, alinéa 1^{er}, du même arrêté, l'abréviation « A.C.S. » est remplacée par « T.C.S. ».

L'article 9, alinéa 2, du même arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« Les T.C.S. sont inscrits comme demandeurs d'emploi auprès de l'Office de l'emploi. ».

L'article 9 du même arrêté est complété par l'alinéa suivant :

« Le contrat de travail du T.C.S., soumis aux dispositions de la loi du 3 juillet 1978 relatives aux contrats de travail, doit être consigné par écrit conformément au modèle figurant à l'annexe II. »

Art. 10. A l'article 10 du même arrêté, l'abréviation « A.C.S. » est remplacée par « T.C.S. », le passage « à compter du jour de » par « à compter du premier jour du mois suivant » et le passage « article 7, § 1, 1^o » par « article 7, § 3 ».

Art. 11. A l'article 11, § 1, alinéa 1^{er}, du même arrêté, l'abréviation « A.C.S. » est remplacée par « T.C.S. » et le passage « article 7, § 1, 1^o » par « article 7, § 1, alinéa 1^{er} ».

L'article 11, § 2 du même arrêté est abrogé.

L'article 11, § 3 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 22 janvier 1998 (I), est abrogé.

Art. 12. A l'article 12 du même arrêté, les termes « agent contractuel subventionné » sont remplacés par « travailleur contractuel subventionné », le passage « conserve le montant de la prime octroyée » par « conserve le droit à une prime déterminée conformément à l'article 5 » et le passage « de l'agent contractuel subventionné » par « du travailleur contractuel subventionné ».

Art. 13. A l'article 13, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les termes « contractuels subventionnés » sont remplacés par « travailleurs contractuels subventionnés ».

À l'article 13, alinéa 2, du même arrêté, l'abréviation « A.C.S. » est remplacée par « T.C.S. » et le passage « article 2, alinéa 1^{er}, 3^o » par « article 2, alinéa 1^{er}, 4^o et 5^o ».

Art. 14. A l'article 14, § 1, alinéa 1^{er}, du même arrêté, le renvoi à « l'article 2, alinéa 1^{er}, 1°, 2°, 5° et 8° » est remplacé par le renvoi à « l'article 2, alinéa 1^{er}, 1°, 2° et 3° », l'abréviation « A.C.S. » par « T.C.S. » et le passage « du gouvernement » par « des différents gouvernements ».

A l'article 14, § 1, alinéa 2, du même arrêté, le renvoi à « l'article 2, alinéa 1^{er}, 3°, 4°, 6° et 7° » est remplacé par le renvoi à « l'article 2, alinéa 1^{er}, 4°, 5°, 6° et 7° » et l'abréviation « A.C.S. » par « T.C.S. ».

L'article 14, § 1, alinéa 3, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 22 janvier 1998 (I) est remplacé par le libellé suivant :

« Les T.C.S. occupés par les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 7° reçoivent les mêmes rémunérations que celles qu'ils proméritaient dans le cadre du décret du 31 mai 1990 créant un programme de promotion de l'emploi spécialement destiné aux chômeurs de longue durée dans le secteur non marchand, du décret du 11 juillet 1996 relatif au Fonds budgétaire interdépartemental de promotion de l'emploi dans le secteur non marchand ou du Troisième circuit de travail et ce, compte tenu de l'ancienneté contractuelle en découlant. »

A l'article 14, § 2, du même arrêté, le passage « Les services effectifs que l'A.C.S. a prestés » est remplacé par « En ce qui concerne les T.C.S. engagés par les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 3°, les services effectifs que le T.C.S. a prestés » et le passage « décret du 31 mai 1990 précité ou comme A.C.S. » par « décret du 31 mai 1990, au décret du 11 juillet 1996 relatif au Fonds budgétaire interdépartemental de promotion de l'emploi dans le secteur non marchand ou comme A.C.S. ».

A l'article 15 du même arrêté, l'abréviation « A.C.S. » est remplacée par « T.C.S. ».

A l'article 16, alinéa 1^{er}, du même arrêté, l'abréviation « A.C.S. » est remplacée par « T.C.S. » et le passage « de l'employeur potentiel » est inséré après « une attestation ».

Art. 15. A l'article 18, § 1, alinéa 1^{er}, du même arrêté, le renvoi à « l'article 2, alinéa 1^{er}, 3°, 4°, 6° et 7° » est remplacé par le renvoi à « l'article 2, alinéa 1^{er}, 4°, 5°, 6° et 7° ».

A l'article 18, § 1, alinéa 1^{er}, 1° du même arrêté, les mots « agents contractuels subventionnés » sont remplacés par « travailleurs contractuels subventionnés »

A l'article 18, § 1, alinéa 1^{er}, 3° et 4° du même arrêté, l'abréviation « A.C.S. » est remplacée par « T.C.S. ».

A l'article 18, § 1, alinéa 2, du même arrêté, le passage « La suspension » est remplacé par « Sans préjudice de l'application de l'article 6, § 2, alinéa 3, la suspension ».

A l'article 18, § 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, le renvoi à « l'article 2, alinéa 1^{er}, 1°, 2°, 5° et 8° » est remplacé par le renvoi à « l'article 2, alinéa 1^{er}, 1°, 2° et 3° ».

Art. 16. A l'article 19, § 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les termes « au FOREm » sont remplacés par « à l'Office de l'emploi » et le passage « et le cas échéant au Ministre qui a la Fonction publique dans ses attributions ou au Ministre qui a l'Aménagement du Territoire dans ses attributions » par « et le cas échéant au Ministre compétent en fonction des critères énoncés à l'article 7, § 3, alinéas 4 à 9 ».

L'article 19, § 2, alinéa 2, est abrogé.

Art. 17. L'article 21 du même arrêté est complété par le libellé suivant :

« 10° l'arrêté ministériel du 29 novembre 1995 portant exécution des articles 7, § 1^{er}, 1°, et 9, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés;

11° l'arrêté du Gouvernement wallon du 26 mars 1998 relatif aux services locaux d'accueil et d'information pour l'emploi. ».

Art. 18. A l'article 22 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement wallon du 23 décembre 1998, le passage « du Gouvernement wallon » est inséré après « Le présent arrêté ».

A l'article 22, 1°, la date du « 31 décembre 1999 » est remplacée par « 31 décembre 2000 ».

Art. 19. Les employeurs qui, le 1^{er} janvier 2001, occupent du personnel travaillant au 31 décembre 2000 en vertu de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés ou dans le cadre des mesures favorisant l'emploi visées à l'article 4, § 1, 11°, 14° et 17°, peuvent introduire tardivement, jusqu'au 28 février 2001 au plus tard, la convention visée à l'article 7, § 1, alinéa 1^{er}.

Art. 20. En ce qui concerne les employeurs des travailleurs visés à l'article 5, § 2, 2° occupés comme A.C.S. avant l'entrée en vigueur du présent arrêté et dont le délai de préavis expire après le 1^{er} janvier 2001 en raison d'un préavis donné avant le 1^{er} janvier 2001 pour un contrat de travail conclu en vertu de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, tel que modifié en dernier lieu le 6 mai 1999, c'est la prime plafonnée visée à l'article 5, § 2 qui - à partir du 1^{er} janvier 2001 - sert de base pour calculer la prime accordée conformément au présent arrêté.

Art. 21. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2001, à l'exception de l'article 18, lequel produit ses effets au 1^{er} janvier 2000.

Art. 22. Le Ministre compétent en matière d'Emploi, de Budget et de Finances est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 14 décembre 2000.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,

K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation,
de la Culture et du Tourisme

B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille,
de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,

H. NIESSEN

Annexe I

Convention relative à l'emploi de travailleurs contractuels subventionnés (T.C.S.) visée à l'article 7, § 1, alinéa 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, tel que modifié par l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone

Convention n°

ENTRE

le pouvoir public ou l'employeur y assimilé, soussigné de première part, ci-après dénommé « l'employeur » :

.....

représenté par :

.....

.....

ET

le Ministre de la Communauté germanophone compétent en matière d'Emploi, soussigné de seconde part,

IL A ÉTÉ CONVENU CE QUI SUIT :

Article 1^{er}. L'employeur

1° certifie qu'il applique aux membres de son personnel les avantages de l'interruption de carrière instaurée par la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales;

2° garantit d'occuper, pendant la durée de validité de la présente convention, le nombre de stagiaires imposé par l'arrêté royal n° 230 du 21 décembre 1983 relatif au stage et à l'insertion professionnelle des jeunes (1);

3° garantit que l'exercice des activités des travailleurs contractuels subventionnés qu'il a engagés est exclusivement limité aux activités qui, à la fois,

a) sont d'intérêt public, social ou culturel;

b) ne poursuivent aucun but lucratif;

c) satisfont des besoins collectifs qui, autrement, n'auraient pas été rencontrés.

Art. 2. L'employeur visé à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, de l'arrêté précité du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 s'engage à occuper des travailleurs contractuels subventionnés aux fins exclusives :

1° soit de répondre à des besoins exceptionnels et temporaires en personnel, qu'il s'agisse de la mise en oeuvre actions limitées dans le temps soit d'un surcroît exceptionnel de travail;

2° soit de remplacer des agents qui n'assument pas leur fonction ou ne l'assument qu'à temps partiel, en ce compris les agents qui interrompent leur carrière au sens de l'arrêté royal du 28 février 1991 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans les administrations et autres services des ministères;

3° soit d'accomplir des tâches auxiliaires ou spécifiques.

Art. 3. L'employeur s'engage, conformément à l'article 11, § 1, de l'arrêté précité du Gouvernement wallon du 11 mai 1995, à ne pas restreindre la moyenne des effectifs non subventionnés qu'il occupait pendant l'année précédant la demande, pour autant que le soussigné de seconde part n'ait accordé une dérogation en la matière.

Art. 4. L'employeur s'engage à informer sans délai le soussigné de seconde part s'il bénéficie d'une autre intervention dans la charge salariale d'un travailleur contractuel subventionné.

Art. 5. L'employeur s'engage à contracter, pour les travailleurs contractuels subventionnés qu'il occupe, une assurance contre les accidents du travail soit auprès d'une société d'assurances à primes agréée, soit auprès d'une caisse commune d'assurances agréée. Cette assurance couvre tous les risques définis aux articles 7 et 8 de la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail ou à l'article 2 de la loi du 3 juillet 1967 sur la prévention ou la réparation des dommages résultant des accidents du travail, des accidents survenus sur le chemin du travail et des maladies professionnelles dans le secteur public.

Art. 6. L'employeur s'engage à faire connaître immédiatement à la Division compétente du Ministère de la Communauté germanophone et à l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone tout changement de nature à modifier les données obligatoires communiquées en application des articles 1 à 4 ci-dessus.

Art. 7. L'employeur s'engage à autoriser, sans avertissement préalable, les fonctionnaires et agents chargés de contrôle, à visiter librement les locaux utilisés par le personnel et les autres lieux de travail. De plus, il s'engage à donner la possibilité à ces fonctionnaires et agents d'effectuer toute étude, tout contrôle et toute enquête ainsi que de rassembler toutes les informations qu'ils jugent utiles aux fins de constater que les conditions et les tâches définies dans la demande approuvée relative à l'occupation des travailleurs contractuels subventionnés par le demandeur soient respectées par celui-ci.

Art. 8. L'employeur visé à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 précité s'engage à accorder la priorité, lors du recrutement de travailleurs contractuels subventionnés, aux catégories de personnel énumérées aux articles 4 et 5 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995.

Art. 9. Le soussigné de seconde part s'engage à octroyer la prime calculée conformément aux articles 5 et 6 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 à condition que le demandeur respecte les engagements visés aux articles 1 à 7 de la présente convention.

Art. 10. L'employeur auquel s'applique l'un des points 1° à 7° de l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 peut, lors de l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés pour un équivalent temps plein, solliciter l'une des catégories de subventions figurant dans le tableau suivant sous la rubrique I dans la mesure où les conditions de ladite catégorie de subventions, conformément à la rubrique II, sont remplies la veille de l'exécution du contrat et où la dénomination du projet de l'employeur telle que fixée dans la présente convention et la dénomination de l'activité du travailleur contractuel subventionné sont compatibles.

I Catégorie de subventions ³	II Arrêté du Gouvernement de wallon du 11 mai 1995, tel que modifié par l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone	Nombre de contractuels subventionnés en ETP ²			Date de l'autorisation	Dénomination du projet/de l'activité
		Nombre total de contractuels subventionnés demandés : répartis comme suit :	Nombre total de contractuels subventionnés autorisés : répartis comme suit :			
250.000 BEF ou 450.000 BEF ou 750.000 BEF	Articles 4 et 5, § 1 ^{er} Article 5, § 2 Article 5, § 3					
La catégorie de subventions suivante ne s'applique qu'aux activités reprises aux articles 4 et 5, § 4						
850.000 BEF	Articles 4 et 5, § 4					

Note

(1) En application de la disposition transitoire conformément à l'article 54 de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi qui, en son chapitre VIII, contient les dispositions de la convention de premier emploi, tant que les contrats conclus en application de l'arrêté royal n° 230 ne sont pas arrivés à échéance.

(2) Equivalents temps plein

(3) Prime annuelle maximale, limitée aux coûts salariaux et annexes figurant à l'article 6, § 3.

En cas d'engagement ou de remplacement d'un travailleur contractuel subventionné par un autre T.C.S., l'employeur doit - en vue de la liquidation de la prime - apporter la preuve qu'il respecte les conditions des catégories de subventions correspondantes en rentrant auprès du Ministère de la Communauté germanophone, Division « Formation, Emploi et Programmes européens » une attestation délivrée par l'Office de l'emploi ou le C.P.A.S.

L'employeur s'engage, conformément à l'article 6 dudit arrêté, à communiquer mensuellement à la même Division les justificatifs de traitement des travailleurs contractuels subventionnés.

Art. 11 - Lorsque l'employeur omet d'introduire auprès du Ministère de la Communauté germanophone, Division « Formation, Emploi et Programmes européens », les justificatifs de traitement dans le délai de forclusion de deux mois suivant l'année civile à laquelle se rapportent ces justificatifs, le Ministère n'est plus tenu de verser la prime.

Article 11 - Les catégories de subventions dont question à l'article précédent sont accordées pour un nombre de travailleurs contractuels subventionnés en date du, répartis comme suit :

	Catégorie de subventions Art. 5	
	§ 1 ^{er} ou § 2 ou § 3	§ 4
..... contrats de travail à temps plein		
..... contrats de travail à temps partiel		

Conformément à l'article 8 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 précité, le remplacement d'un travailleur contractuel subventionné à temps plein par plusieurs travailleurs contractuels subventionnés à temps partiel et inversement, peut se faire par simple courrier adressé au Ministère et à l'Office de l'emploi. Dans la mesure où les conditions énoncées à l'article 5 du même arrêté et qui étaient applicables au travailleur contractuel subventionné remplacé s'appliquent également au remplaçant, c'est la même catégorie de subventions qui est d'application.

Art. 12. En ce qui concerne les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, du même arrêté, les travailleurs contractuels suivants sont engagés pour remplacer des agents autres que des contractuels subventionnés, qui interrompent leur carrière au sens de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales :

NOMS	PRÉNOMS	

Aucune prime n'est due pour les travailleurs susmentionnés.

Art. 13. La prime est liquidée proportionnellement à la durée du contrat et au régime de travail de chaque contractuel visé à l'article 11 de la présente convention.

Art. 14. La liquidation de la prime sera suspendue si le demandeur contrevient à la situation visée aux articles 1^{er} à 4 de la présente convention.

Elle sera également suspendue si l'employeur contrevient à la situation visée à l'article 2 de la présente convention, mais cette suspension n'affectera que la prime octroyée pour les seuls travailleurs contractuels subventionnés employés à des tâches non autorisées.

Art. 15. Le soussigné de seconde part peut, à tout moment, mettre fin à la présente convention, à condition que cette décision soit notifiée à l'employeur six mois avant la fin de la convention.

Art. 16. L'engagement des T.C.S. approuvés par la présente convention est soumis aux conditions supplémentaires suivantes :

.....

Art. 17. La présente convention est conclue pour une durée déterminée, à savoir du

..... au

moyennant accord respectif du Ministre de la Région wallonne ou du Ministre de la Communauté française ayant la Fonction publique dans ses attributions selon qu'il s'agit d'un employeur visé à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° ou 2°, de l'arrêté précité du Gouvernement wallon du 11 mai 1995;

moyennant accord du Gouvernement de la Communauté française lorsqu'il s'agit d'un employeur visé à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4°, du même arrêté;

moyennant accord du Ministre compétent en matière d'aménagement du territoire et de logement lorsqu'il s'agit d'un employeur visé à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, du même arrêté;

moyennant accord du Gouvernement de la Communauté germanophone lorsqu'il s'agit d'un employeur visé à l'article 2, alinéa 1^{er}, 3° et 5°, du même arrêté.

Établi en quatre exemplaires, chacune des parties déclarant en avoir un en sa possession, à
 le

L'employeur

Le Ministre compétent

en matière d'emploi

.....

Le Ministre compétent

en matière de

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000 portant modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés.

Eupen, le 14 décembre 2000.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,

K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,

B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille,
 de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,

H. NIESSEN

Annexe II

Arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés (T.C.S.) auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, modifié par l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone

Contrat de travail d'ouvrier/employé (*)

ENTRE

le pouvoir public ou l'employeur y assimilé, soussigné de première part, ci-après dénommé « l'employeur » :

.....

(Nom et adresse du pouvoir public ou assimilé)

représenté par :

.....

(Nom et prénom)

ET

.....

(Nom et prénom)

Adresse :

.....

Lieu et date de naissance

Nationalité Sexe

dénommé ci-après « le travailleur », d'autre part,

IL A ÉTÉ CONVENU CE QUI SUIT :

Article 1^{er}. (Nom de l'employeur)

engage, en qualité d'ouvrier/d'employé (*), le travailleur mentionné ci-dessus qui accepte, pour exercer les fonctions/l'activité de (description) relevant du secteur non-marchand à (lieu) pour une durée

indéterminée à partir du (*)

déterminée prenant cours le et se terminant le (*)

Art. 2. Les dispositions de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail s'appliquent au présent contrat.

Art. 3. Le présent contrat débute par une période d'essai de mois/jours (*).

Art. 4. La rémunération du travailleur est fixée à BEF/EURO par heure/par année (*).

La rémunération ainsi fixée est égale :

- pour les travailleurs contractuels occupés par les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 3°, de l'arrêté du 11 mai 1995, au traitement dont bénéficie un fonctionnaire du Ministère de la Communauté germanophone pour une même fonction ou une fonction équivalente y compris les augmentations barémiques et la prime de fin d'année;

- pour les travailleurs contractuels occupés par les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4°, 5°, 6° et 7° de l'arrêté du 11 mai 1995, au traitement payé par cette institution, association ou société pour une même fonction ou une fonction équivalente.

Art. 5. Le contrat de travail est conclu à temps plein/partiel (*).

Le contrat de travail à temps partiel est conclu sous le régime suivant :

(proportion du nombre d'heures ou pourcentage par rapport à un temps plein)

HORAIRE DE TRAVAIL		
Lundi	de	à
Mardi	de	à
Mercredi	de	à
Jeudi	de	à
Vendredi	de	à
Samedi	de	à
Dimanche	de	à

Art. 6. En matière de vacances annuelles, il est fait application du même régime que celui appliqué aux autres travailleurs de l'employeur.

Établi en quatre exemplaires, chacune des parties déclarant en avoir un en sa possession, à, le

L'employeur,

Le travailleur,

Note

(*) biffer la mention inutile

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000 portant modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés.

Eupen, le 14 décembre 2000.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,

K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,

B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille,

de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,

H. NIESSEN

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2001 — 1229

[C — 2001/33016]

14 DECEMBER 2001. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de programmawet van 30 december 1988, waarbij een stelsel van gesubsidieerde contractuelen bij sommige openbare besturen wordt ingevoerd, inzonderheid op artikel 93, gewijzigd bij de wet van 22 juli 1993 en het koninklijk besluit van 3 april 1997, artikel 94, gewijzigd bij de wet van 22 juli 1993, artikel 95, gewijzigd bij de wetten van 20 juli 1991 en 22 juli 1993, artikelen 96 en 97, artikel 99, gewijzigd bij de wet van 29 december 1990 en de artikelen 100 en 101;

Gelet op het decreet van de Raad van het Waalse Gewest van 6 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, zoals gewijzigd bij de besluiten van 4 april 1996, 25 april 1996, 19 december 1996 (I), 19 december 1996 (II), 27 februari 1997, 27 november 1997, 11 december 1997, 22 januari 1998 (I), 22 januari 1998 (II), het decreet van 5 februari 1998 (I), de besluiten van 26 maart 1998, 2 april 1998 (II), 14 mei 1998, 4 juni 1998, 9 juli 1998, 23 december 1998, 4 maart 1999 (II) en het decreet van 6 mei 1999;

Gelet op het advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 28 november 2000;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 12 december 2000;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Financiën en Begroting;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende de dwingende noodzaak, de werkgevers en werknemers, in het kader van verscheidene tewerkstellingsbevorderende maatregelen, de voorwaarden en modaliteiten voor de erkenning en subsidiëring van deze maatregelen door de Duitstalige Gemeenschap vóór het begin van het kalenderjaar 2001 bindend mede te delen, daar de ministeriële toestemming voor een groot aantal projecten m.b.t. tewerkstellingsbevorderende maatregelen op 31 december 2000 vervalt;

Op de voordracht van de Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Met toepassing van artikel 139 van de Grondwet en krachtens het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen en het decreet van de Raad van het Waalse Gewest van 6 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen, regelt voorliggend besluit, wat het Duitse taalgebied betreft, een aangelegenheid die ressorteert onder de bevoegdheid « Werkgelegenheid », zoals bedoeld in artikel 6, § 1, IX, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, namelijk

de wijziging van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, zoals gewijzigd bij de besluiten van 4 april 1996, 25 april 1996, 19 december 1996 (I), 19 december 1996 (II), 27 februari 1997, 27 november 1997, 11 december 1997, 22 januari 1998 (I), 22 januari 1998 (II), het decreet van 5 februari 1998 (I), de besluiten van 26 maart 1998, 2 april 1998 (II), 14 mei 1998, 4 juni 1998, 9 juli 1998, 23 december 1998, 4 maart 1999 (II) en het decreet van 6 mei 1999.

Art. 2. Artikel 1, 2°, van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers wordt vervangen door de volgende tekst :

« 2° « Bestuur » : het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling « Opleiding, Werkgelegenheid en Europese programma's »; ».

Artikel 1, 3°, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het decreet van 6 mei 1999, wordt vervangen door volgende tekst :

« 3° « Dienst voor arbeidsbemiddeling » : de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap; ».

Art. 3. Artikel 2, lid 1 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van 27 februari 1997, 11 december 1997, 22 januari 1998 (I), 22 januari 1998 (II), 26 maart 1998, 2 april 1998, 14 mei 1998 en 4 juni 1998, wordt vervangen door de volgende tekst :

« Binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingskredieten wordt een jaarlijkse premie verleend aan de hierna vermelde werkgevers die gesubsidieerde contractuelen, geco's genoemd, in dienst nemen :

- 1° de administraties en diensten van het Waalse Gewest en de openbare instellingen die ervan afhangen;
- 2° de administraties en diensten van de Franse Gemeenschap en de openbare instellingen die ervan afhangen;
- 3° de administraties en diensten van de Duitstalige Gemeenschap en de openbare instellingen die ervan afhangen;
- 4° de door de Franse Gemeenschap erkende of gesubsidieerde onderwijsinstellingen;
- 5° de door de Duitstalige Gemeenschap erkende of gesubsidieerde onderwijsinstellingen;
- 6° de openbare vastgoedmaatschappijen;

7° de instellingen van openbaar nut en de verenigingen zonder winstoogmerk onder toepassing van de wet van 27 juni 1921 waarbij aan de verenigingen zonder winstoogmerk en aan de instellingen van openbaar nut rechtspersoonlijkheid wordt verleend, alsmede de feitelijke verenigingen zonder winstoogmerk, voorzover zowel de verenigingen zonder winstoogmerk alsook de feitelijke verenigingen opgericht werden met een sociaal, humanitair of cultureel doel of met het oog op de bevordering van sport, toerisme, duurzame ontwikkeling of steunregelingen m.b.t. startende bedrijven. ».

In artikel 3, lid 1, 1°, van hetzelfde besluit moet de passus « en de feitelijke verenigingen zonder winstoogmerk » na het woord « winstoogmerk » ingevoegd worden.

Artikel 3 wordt aangevuld met volgend lid :

« Wat de in artikel 2, lid 1, 1°, 2° en 3°, vermelde werkgevers betreft, moet geen premie voor geco's betaald worden die in dienst genomen werden om ambtenaren te vervangen die geen geco's zijn en hun loopbaan onderbreken in de zin van de wet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen. ».

Art. 4. In artikel 4, § 1, 8°, van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van 4 maart 1999 (II), worden de woorden « FOREm (Gemeenschaps- en Gewestdienst voor Beroepsopleiding en Arbeidsbemiddeling) » door « Dienst voor arbeidsbemiddeling » en « het A.W.I.P.H (Waals Agentschap voor de Integratie van Gehandicapte Personen) » door « Dienst voor de personen met een handicap » vervangen.

Artikel 4, § 1, lid 1 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van 4 maart 1999 (II), wordt aangevuld met de volgende tekst :

« 18° de werknemers tewerkgesteld in het kader van de startbaanovereenkomst, ingevoerd door hoofdstuk VIII van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid. ».

Artikel 4, § 3, van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van 26 maart 1998, wordt opgeheven.

Artikel 4, § 4, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Artikel 4, § 5, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 22 januari 1998 (II), wordt opgeheven.

In artikel 4, § 7, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van 22 januari 1998 (I) en 4 maart 1999 (II), wordt de passus « de in artikel 5, § 3, tweede lid, bedoelde geco's » door « de geco's » vervangen.

Art. 5. Artikel 5 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van 22 januari 1998 (I) en 22 januari 1998 (II), 4 juni 1998 en 9 juli 1998, wordt vervangen door volgende tekst :

« Artikel 5 - § 1 - Binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingskredieten beloopt de maximale jaarlijkse premie 250.000 BEF per door de werkgever in dienst genomen geco-voltijds equivalent.

§ 2 - Binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingskredieten beloopt de maximale jaarlijkse premie 450.000 BEF per geco-voltijds equivalent voor de in artikel 2, lid 1, vermelde werkgevers die

1° op 1 januari 2001 een geco in dienst nemen die op 31 december 2000 krachtens het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers of in het kader van de tewerkstellingsbevorderende maatregel bedoeld in artikel 4, § 1, 14°, tewerkgesteld was;

2° na 1 januari 2001 een geco in dienst nemen, voor zover hij op 31 december 2000 en doorlopend tot de dag vóór de uitvoering van de overeenkomst krachtens het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers of in het kader van de tewerkstellingsbevorderende maatregel bedoeld in artikel 4, § 1, 14°, tewerkgesteld was in het kader van een arbeidsovereenkomst;

3° een geco in dienst nemen die ten minste 12 maanden lang volledig uitkeringsgerechtigde werkloze was;

4° een geco in dienst nemen die ten minste 9 maanden lang bestaansminimumtrekker of bijstandsgerechtigde was;

5° een geco in dienst nemen die ten minste 45 jaar oud is en 6 maanden lang volledig uitkeringsgerechtigde werkloze was;

6° een geco in dienst nemen die ten minste 12 maanden lang in het kader van de tewerkstellingsbevorderende maatregel bedoeld in artikel 4, § 1, 16°, tewerkgesteld was.

Bij de indienstneming van een werknemer die de voorwaarden bepaald in vorig lid onder de punten 1° en 2° vervult, mag de maximale jaarlijkse premie slechts voor één arbeidsovereenkomst op zijn hele loopbaan gelden.

Voor de toepassing van vorig lid mogen twee tegelijk lopende arbeidsovereenkomsten voor een deeltijdse betrekking ten hoogste voor één voltijds equivalent gelden.

De voorwaarden bepaald onder de punten 3° tot 6° van vorig lid moeten op de dag vóór de uitvoering van de overeenkomst vervuld zijn.

§ 3 - Binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingskredieten beloopt de maximale jaarlijkse premie 750.000 BEF per ge-co-voltijds equivalent voor de in artikel 2, lid 1, vermelde werkgevers die

1° op 1 januari 2001 een ge-co in dienst nemen die op 31 december 2000 in het kader van een tewerkstellingsbevorderende maatregel bedoeld in artikel 4, § 1, 11° of in artikel 4, § 1, 17° tewerkgesteld was;

2° na 1 januari 2001 een ge-co in dienst nemen, voor zover hij op 31 december 2000 en doorlopend tot de dag vóór de uitvoering van de overeenkomst in het kader van een tewerkstellingsbevorderende maatregel bedoeld in artikel 4, § 1, 11° of in artikel 4, § 1, 17° tewerkgesteld was in het kader van een arbeidsovereenkomst;

3° een ge-co in dienst nemen die ten minste 36 maanden lang volledig uitkeringsgerechtigde werkloze was;

4° een ge-co in dienst nemen die ten minste 18 maanden lang bestaansminimumtrekker of bijstandsgerechtigde was;

5° een ge-co in dienst nemen die ten minste 45 jaar oud is en 12 maanden lang volledig uitkeringsgerechtigde werkloze was.

Bij de indienstneming van een werknemer die de voorwaarden bepaald in vorig lid onder de punten 1° en 2° vervult, mag de maximale jaarlijkse premie slechts voor één arbeidsovereenkomst op zijn hele loopbaan gelden.

Voor de toepassing van vorig lid mogen twee tegelijk lopende arbeidsovereenkomsten voor een deeltijdse betrekking ten hoogste voor één voltijds equivalent gelden.

De voorwaarden bepaald onder de punten 3° tot 5° van vorig lid moeten op de dag vóór de uitvoering van de overeenkomst vervuld zijn.

§ 4 - Binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingskredieten beloopt de maximale jaarlijkse premie 850.000 BEF per ge-co-voltijds equivalent voor de in artikel 2, lid 1, vermelde werkgevers die ge-co's tewerkstellen als :

a) opvoeder en huishoudhulp bij geboorte van een meerling, te weten bij de geboorte van ten minste drie kinderen in één jaar;

b) coördinatiepersoneel voor projecten m.b.t. de socio-professionele inschakeling van risicogroepen, voor projecten m.b.t. de noodopvang van behoeftigen en voor projecten m.b.t. het beschut wonen;

c) coördinatiepersoneel voor projecten ter voorkoming van de sociale uitsluiting, met inbegrip van de begeleiding van gehandicapten.

De ge-co moet ofwel houder zijn van een diploma of eindgetuigschrift in overeenstemming met het uit te oefenen ambt, ofwel een dienovereenkomstige beroepservaring kunnen bewijzen.

De Regering bepaalt de modaliteiten voor de aanspraak op de dienstverlening bij geboorte van een meerling en de persoonlijke bijdrage van de ouders in de loonkosten.

§ 5 - In geval van deeltijdse arbeid worden de in §§ 1 tot 4 opgenomen bedragen telkens naar rata van de duur van de dienstverleningen verminderd.

§ 6 - De bedragen van de maximale jaarlijkse premies opgenomen in artikel 5, §§1 tot 4 ondergaan de schommelingen van het indexcijfer der consumptieprijzen of van de gezondheidsindex overeenkomstig de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld.

Voor de toepassing van vorig lid is de premie gekoppeld aan de spilindex die met toepassing van bovenvermelde wet van 1 maart 1977 geldig is op de eerste dag van de maand waar voorliggend besluit in werking treedt.

§ 7 - De Regering kan de bedragen bepaald in artikel 5, §§ 1 tot 4 van voorliggend besluit met een coëfficiënt vermenigvuldigen om ze aan de door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingskredieten aan te passen.

§ 8 - De werkgever is ertoe verplicht het Bestuur zonder verwijl te informeren over elke wijziging in de arbeidsregeling en over de toekenning van openbare tegemoetkomingen in de loonkosten van de ge-co.

§ 9 - De in artikel 4, artikel 5, § 2, lid 1, 1° tot 6°, en lid 4 en in artikel 5, § 3, lid 1, 1° tot 5°, en lid 4 bepaalde voorwaarden moeten door een attest van de Dienst voor arbeidsbemiddeling bewezen worden dat de werkgever bij het Bestuur moet indienen.

Art. 6. Artikel 6bis van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 4 maart 1999 (II), wordt vervangen door volgende tekst :

« Artikel 6bis - § 1 - De premies worden maandelijks als terugvorderbare voorschotten door het Bestuur uitbetaald.

Het maximumbedrag van de maandelijkse premies stemt overeen met het resultaat bekomen door een twaalfde van de maximale premie, berekend overeenkomstig artikel 5, § 1, § 2, § 3, § 4 en desgevallend § 5, met een breuk te vermenigvuldigen waarvan de noemer het aantal werkdagen van de maand naargelang de arbeidsregeling en de teller het aantal werkelijke of gelijkgestelde arbeidsdagen is waarvoor de werkgever een wedde heeft betaald.

Het eerste terugvorderbare voorschot wordt op basis van de in de aanvraag vermelde gegevens uitbetaald. Daarna worden de voorschotten uitbetaald op basis van de gegevens vermeld in de bewijsstukken betreffende de bezoldiging van de voorafgaande maand.

§ 2 - De bewijsstukken betreffende de bezoldiging moeten ten laatste twee weken na het einde van de maand waartoe ze betrekking hebben, bij het Bestuur ingediend worden.

Na afloop van deze termijn is het Bestuur niet meer gehouden de premie als voorschot te betalen.

Na afloop van een termijn van twee maanden na het kalenderjaar waartoe de bewijsstukken betreffende de bezoldiging betrekking hebben, is het Bestuur niet meer gehouden de premie te betalen.

§ 3 - De jaarlijkse premie mag het jaarlijkse bedrag niet overschrijden dat de som is van de brutowedde van de ge-co, het vakantiegeld, de eindejaarspremie die krachtens de toepasselijke wetgeving of de collectieve arbeidsovereenkomst moet worden betaald, de wettelijk voorgeschreven bijdrage van de werkgever in de vervoerskosten van de ge-co naar zijn werkplaats, alsmede van de werkgeversbijdragen zowel aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid alsook aan de arbeidsongevallenverzekering en aan de arbeidsgeneeskundige dienst.

Per ge-co wordt de premie echter met het bedrag van andere openbare tegemoetkomingen in deze loonkosten verminderd, als de totale som van de openbare tegemoetkomingen hoger ligt dan de totale loonkosten.

§ 4 - De onrechtmatig betaalde premies worden op de bedragen ingehouden die de werkgever nog moeten worden betaald en, zo nodig, teruggevorderd. »

Art. 7. Artikel 7, § 1, lid 1 van hetzelfde besluit wordt vervangen door volgende tekst :

« De werkgever die geco's in dienst wenst te nemen, richt een aanvraag tot het Bestuur, gebruik makend van het formulier dat ter beschikking wordt gesteld door het Bestuur, samen met een overeenkomstontwerp dat overeenstemt met het model opgenomen in bijlage I. ».

Artikel 7, § 1, lid 2, ingevoegd bij het besluit van de Waalse Regering van 22 januari 1998 (I), wordt vervangen door volgende tekst :

« De duur van de projecten binnen het kader waarvan geco's in dienst kunnen worden genomen, mag voor ten hoogste drie jaar verlengd worden.

Na afloop van de helft van de toegelaten duur kan een verzoek om verlenging ingediend worden. »

Artikel 7, § 2, van hetzelfde besluit wordt vervangen door volgende tekst :

« § 2 - Na onderzoek door het Bestuur beslist de Minister over de aanvraag. »

Artikel 7, § 3, van hetzelfde besluit, vervangen bij de besluiten van de Waalse Regering van 11 december 1997, 22 januari 1998 (I), 2 april 1998 (II) en 9 juli 1998, wordt vervangen door volgende tekst :

« § 3 - De Minister keurt de overeenkomst goed.

De overeenkomst wordt goedgekeurd of de aanvraag verworpen door inachtneming van de bepalingen van de hoofdstukken II tot VII en door beoordeling van de projecten op grond van de volgende criteria :

- a) de dekkingsgraad van de collectieve behoeften in de Duitstalige Gemeenschap;
- b) de financiële leefbaarheid van het project, beoordeeld op basis van de balansen van ten hoogste drie jaar vóór het verzoek en van het financieringsplan voor de duur van het project;
- c) de aspecten van het project die voor de werknemer op het sociaal en professioneel vlak kwalificerend zijn;
- d) de inachtneming van de principes van een duurzame ontwikkeling;
- e) de naleving door de werkgever van de financiële verplichtingen t.o.v. de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid, de openbare besturen in het algemeen en de Europese Unie;
- f) de toestand op de arbeidsmarkt in de Duitstalige Gemeenschap;
- g) de prioriteitsorde van de projecten die op basis van de onder a) en f) vermelde criteria moet worden vastgelegd binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingskredieten.

De goedkeuring van de overeenkomst door de Minister geldt als principiële akkoord. Het Bestuur deelt deze goedkeuring aan de werkgever en aan de Dienst voor arbeidsbemiddeling mede.

Wat de in artikel 2, lid 1, 1°, vermelde werkgevers betreft, moet de overeenkomst aan het voorafgaand akkoord van de Minister van het Waalse Gewest bevoegd inzake Ambtenarenzaken onderworpen worden, wanneer de vaststelling van het statuut van het personeel van deze werkgevers tot de bevoegdheid van de Waalse Regering behoort.

Wat de in artikel 2, lid 1, 2°, vermelde werkgevers betreft, moet de overeenkomst aan het voorafgaand akkoord van de Minister van de Franse Gemeenschap bevoegd inzake Ambtenarenzaken onderworpen worden, wanneer de vaststelling van het statuut van het personeel van deze werkgevers tot de bevoegdheid van de Regering van de Franse Gemeenschap behoort.

Wat de in artikel 2, lid 1, 3°, vermelde werkgevers betreft, moet de overeenkomst aan het voorafgaand akkoord van de Regering onderworpen worden.

Wat de in artikel 2, lid 1, 4°, vermelde werkgevers betreft, moet de overeenkomst aan het voorafgaand akkoord van de Regering van de Franse Gemeenschap onderworpen worden.

Wat de in artikel 2, lid 1, 5°, vermelde werkgevers betreft, moet de overeenkomst aan het voorafgaand akkoord van de Regering onderworpen worden.

Wat de in artikel 2, lid 1, 6°, vermelde werkgevers betreft, moet de overeenkomst aan het voorafgaand akkoord van de Minister bevoegd inzake Ruimtelijke Ordening en Huisvesting onderworpen worden. »

Art. 8. In artikel 8, lid 2, van hetzelfde besluit wordt de passus « de « FOREm » in kennis van deze wijzigingen. » door « de Dienst voor arbeidsbemiddeling onmiddellijk in kennis van elke wijziging op het vlak van het personeel. ».

Art. 9. Artikel 9, lid 2, van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« De geco's worden bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling als werkzoekenden ingeschreven. ».

Artikel 9 van hetzelfde besluit wordt door volgend lid aangevuld :

« De arbeidsovereenkomst van de geco, onderworpen aan de bepalingen van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten, moet schriftelijk vastgelegd worden overeenkomstig het model opgenomen in bijlage II. »

Art. 10. In artikel 10 van hetzelfde besluit wordt de passus « vanaf de dag van » vervangen door « vanaf de eerste dag van de maand na de » en de verwijzing naar « artikel 7, § 1, 1° » door « artikel 7, § 3 ».

Art. 11. In artikel 11, §1, lid 1, wordt de verwijzing naar « artikel 7, § 1, 1° » vervangen door « artikel 7, § 1, lid 1 ».

Artikel 11, § 2, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Artikel 11, § 3, van hetzelfde besluit, ingevoegd door het besluit van 22 januari 1998 (I), wordt opgeheven.

Art. 12. In artikel 12 van hetzelfde besluit wordt de passus « behoudt het bedrag van de verleende premie » vervangen door « behoudt het recht op een overeenkomstig artikel 5 vastgelegde premie ».

Art. 13. In artikel 13, lid 2, van hetzelfde besluit wordt de passus « artikel 2, alinea 1, 3° » vervangen door « artikel 2, lid 1, 4° en 5° ».

Art. 14. In artikel 14, § 1, lid 1, van hetzelfde besluit wordt de verwijzing naar « artikel 2, alinea 1, 1°, 2°, 5° en 8° » vervangen door « artikel 2, lid 1, 1°, 2° en 3° » en het woord « betrokken » ingevoegd tussen « een ambtenaar van de diensten van de » en « Regering voor hetzelfde ambt of een gelijkwaardig ambt geniet ».

In artikel 14, § 1, lid 2, van hetzelfde besluit wordt de verwijzing naar « artikel 2, lid 1, 3°, 4°, 6° en 7° » vervangen door « artikel 2, lid 1, 1°, 4°, 5°, 6° en 7° ».

Artikel 14, § 1, lid 3, van hetzelfde besluit, ingevoegd door het besluit van 22 januari 1998 (I), wordt vervangen door de volgende tekst :

« Indien het voor hen gunstiger is, hebben de geco's die vroeger krachtens het decreet van 31 mei 1990 houdende instelling van een programma tot bevordering van de werkgelegenheid dat bijzonder bestemd is voor langdurige werklozen in de niet-commerciële sector, krachtens het decreet van 11 juli 1996 betreffende het interdepartementaal begrotingsfonds ter bevordering van de werkgelegenheid in de niet-commerciële sector of in het kader van het « Derde arbeidscircuit » tewerkgesteld waren en door de in artikel 2, lid 1, 1° tot 7°, vermelde werkgevers in dienst genomen worden, verder recht op de dienovereenkomstige bezoldiging, rekening houdend met de contractuele anciënniteit verworven in het bovenvermelde kader. ».

Artikel 14, § 2, van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« § 2 - De effectieve diensten die de geco als tewerkgestelde werkloze, als werknemer van het « Bijzonder tijdelijk kader » of van het « Derde arbeidscircuit », als werknemer tewerkgesteld krachtens het decreet van 31 mei 1990 of het decreet van 11 juli 1996 betreffende het interdepartementaal begrotingsfonds ter bevordering van de werkgelegenheid in de niet-commerciële sector heeft verleend, komen in aanmerking voor weddeschaalverhogingen, wat de geco's betreft die door de in artikel 2, lid 1, 3°, vermelde werkgevers in dienst worden genomen.

In artikel 16, lid 1, van hetzelfde besluit moet de passus « van de mogelijke werkgever » tussen de woorden « attest » en « voorleggen » ingevoegd worden.

Art. 15. In artikel 18, § 1, lid 1, van hetzelfde besluit moet de verwijzing naar « artikel 2, alinea 1, 3°, 4°, 6° en 7° » door « artikel 2, lid 1, 4°, 5°, 6° en 7° » vervangen worden.

Artikel 18, § 1, lid 2, van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« Onverminderd de toepassing van artikel 6, § 2, lid 3, slaat de hierboven bedoelde schorsing slechts op premies voor de indienstneming van geco's die voor ongeoorloofde activiteiten aangesteld zijn. ».

In artikel 18, § 2, lid 1, van hetzelfde besluit moet de verwijzing naar « artikel 2, alinea 1, 1°, 2°, 5° en 8° » door « artikel 2, lid 1, 1°, 2° en 3° » vervangen worden.

Art. 16. In artikel 19, § 2, lid 1, van hetzelfde besluit worden de woorden « de FOREm » vervangen door « de Dienst voor arbeidsbemiddeling » en de passus « en, in voorkomend geval, aan de Minister van Ambtenarenzaken of de Minister van Ruimtelijke Ordening » door « en in voorkomend geval, aan de naargelang de in artikel 7, § 3, leden 4 tot 9 vastgelegde criteria bevoegde minister ».

Artikel 19, § 2, lid 2, wordt opgeheven.

Art. 17. Artikel 21 van hetzelfde besluit wordt aangevuld als volgt :

« 10° het ministerieel besluit van 29 november 1995 tot uitvoering van de artikelen 7, § 1, 1°, en 9, alinea 2, van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers;

11° het besluit van de Waalse Regering van 26 maart 1998 betreffende de plaatselijke onthaal- en informatiediensten voor tewerkstelling. ».

Art. 18. In artikel 22 van hetzelfde besluit, vervangen door het besluit van de Waalse Regering van 23 december 1998, wordt de passus « van de Waalse Regering » na de woorden « Dit besluit » ingevoegd.

In artikel 22, 1°, wordt de datum « 31 december 1999 » vervangen door « 31 december 2000 ».

Art. 19. Werkgevers die op 1 januari 2001 personeelsleden in dienst nemen welke op 31 december 2000 in het kader van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers of van de tewerkstellingsbevorderende maatregelen bedoeld in artikel 4, § 1, 11°, 14° en 17°, tewerkgesteld waren, mogen de overeenkomst bedoeld in artikel 7, § 1, lid 1, later maar ten laatste tot 28 februari 2001 indienen.

Art. 20. Voor de werkgevers van de in artikel 5, § 2, 2°, bedoelde werknemers die vóór de inwerkingtreding van voorliggend besluit in het kader van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, zoals laatst gewijzigd op 6 mei 1999, als geco tewerkgesteld waren en wier opzeggingstermijn na 1 januari 2001 afloopt wegens de opzegging van hun arbeidsovereenkomst vóór 1 januari 2001, geldt vanaf 1 januari 2001 de in artikel 5, § 2, bedoelde maximale premie als basis voor de berekening van de premie toegekend krachtens voorliggend besluit.

Art. 21. Met uitzondering van artikel 18 dat op 1 januari 2000 uitwerking heeft, treedt voorliggend besluit op 1 januari 2001 in werking.

Art. 22. De Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid, Begroting en Financiën is belast met de uitvoering van voorliggend besluit.

Eupen, 14 december 2000.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme

B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

H. NIESSEN

Bijlage I

Overeenkomst betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen (geco's), bedoeld in artikel 7, § 1, 1°, van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, zoals gewijzigd bij het besluit van de Duitstalige Gemeenschap

Overeenkomst nr.

TUSSEN

het openbaar bestuur of de ermee gelijkgestelde werkgever, eerste ondergetekende, hierna « werkgever » genoemd :

.....

.....

vertegenwoordigd door :

.....

EN

de Minister van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake Werkgelegenheid, tweede ondergetekende,

IS HET VOLGENDE OVEREENGEKOMEN :

Artikel 1. De werkgever :

1° bevestigt dat hij de voordelen van de loopbaanonderbreking, ingesteld bij de herstellwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen op zijn personeelsleden toepast;

2° verzekert dat hij, voor de geldigheidsduur van deze overeenkomst, het aantal stagiairs zal tewerkstellen dat is opgelegd bij het koninklijk besluit nr. 230 van 21 december 1983 betreffende de stage en de inschakeling van jongeren in het arbeidsproces (1);

3° verzekert dat de activiteiten van de gesubsidieerde contractuelen die hij in dienst neemt, uitsluitend activiteiten zijn die tegelijk :

a) van algemeen maatschappelijk nut of cultureel belang zijn;

b) geen winstoogmerk beogen;

c) aan de collectieve behoeften beantwoorden waarin anders niet zou worden voorzien.

Art. 2. De werkgever bedoeld in artikel 2, lid 1, 1° tot 5°, van bovenvermeld besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 verbindt er zich toe gesubsidieerde contractuelen uitsluitend tewerk te stellen :

1° hetzij om in uitzonderlijke en tijdelijke personeelsbehoeften te voorzien, met het oog op in de tijd beperkte acties of omwille van buitengewone werktoename;

2° hetzij om ambtenaren te vervangen die hun betrekking niet of slechts deeltijds bekleden, met inbegrip van de ambtenaren die hun loopbaan onderbreken in de zin van het koninklijk besluit van 28 februari 1991 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in de besturen en andere diensten van de ministeries;

3° hetzij om specifieke of bijkomende opdrachten te vervullen.

Art. 3. Overeenkomstig artikel 11, § 1, van bovenvermeld besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 verbindt de werkgever er zich toe het gemiddelde aantal personeelsleden dat hij gedurende het jaar vóór de aanvraag tewerkstelde niet te verminderen, voor zover de tweede ondergetekende geen afwijking terzake heeft toegestaan.

Art. 4. De werkgever verbindt er zich toe de tweede ondergetekende onmiddellijk in te lichten als hij in aanmerking komt voor een andere tegemoetkoming in de loonkost van een gesubsidieerde contractueel.

Art. 5. De werkgever verbindt er zich toe, voor de gesubsidieerde contractuelen die hij tewerkstelt, een verzekering tegen arbeidsongevallen af te sluiten, hetzij bij een erkende verzekeringsmaatschappij, hetzij bij een erkend gemeenschappelijk verzekeringsfonds. Deze verzekering dekt alle risico's waarvan sprake in de artikelen 7 en 8 van de arbeidsongevallenwet van 10 april 1971 of in artikel 2 van de wet van 3 juli 1967 betreffende de preventie van of de schadevergoeding voor arbeidsongevallen, voor ongevallen op de weg naar en van het werk en voor beroepsziekten in de overheidssector.

Art. 6. De werkgever verbindt er zich toe de bevoegde afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap onmiddellijk op de hoogte te brengen van elke wijziging die de gegevens zou kunnen aantasten die hij krachtens de artikelen 1 tot 4 hierboven heeft moeten meedelen.

Art. 7. De werkgever verbindt er zich toe de ambtenaren en agenten die met het toezicht belast zijn, de lokalen of andere werkplaatsen zonder verwittiging te laten bezoeken en hen in staat te stellen elke studie, elk toezicht of onderzoek te verrichten, alsook alle inlichtingen te verzamelen die zij nuttig achten om na te gaan of de werkgever de voorwaarden en taken vervult die hij in de goedgekeurde aanvraag tot tewerkstelling van gesubsidieerde contractuelen heeft vastgelegd.

Art. 8. De werkgever bedoeld in artikel 2, lid 1, 1° tot 5°, van bovenvermeld besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 verbindt er zich toe bij de werving van gesubsidieerde contractuelen voorrang te verlenen aan de categorieën waarvan sprake in de artikelen 4 en 5 van bovenvermeld besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995.

Art. 9. De tweede ondergetekende verbindt er zich toe de premie waarvan sprake in de artikelen 5 en 6 van bovenvermeld besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 toe te kennen, op voorwaarde dat de aanvrager de in de artikelen 1 tot 7 van deze overeenkomst bedoelde verbintenissen nakomt.

Art. 10. De werkgever op wie één van de punten 1° tot 7° van artikel 2 van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 toepasselijk is, mag per tewerkgesteld geco-voltijds equivalent zijn recht doen gelden op één der in de rubriek I van de volgende tabel vermelde subsidie categorieën, voor zover de dienovereenkomstige voorwaarden krachtens de rubriek II op de dag vóór de uitvoering van de overeenkomst vervuld zijn en de in deze overeenkomst vastgelegde benaming van het project van de werkgever verenigbaar is met de benaming van de activiteit van de gesubsidieerde contractueel.

I	II	Aantal geco's-voltijds equivalenten			Datum van de goedkeuring	Benaming van het project/van de activiteit
		Het Ministerie voorbehouden				
Subsidie categorie ²	Besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995, zoals gewijzigd bij het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap	Totaal aangevraagd aantal geco's : als volgt onderverdeeld :	Totaal goedgekeurd aantal geco's : als volgt onderverdeeld :			
250.000 BEF of 450.000 BEF of 750.000 BEF	Artikel 4 en 5, § 1 Artikel 5, § 2 Artikel 5, § 3					
Volgende subsidie categorie geldt slechts voor de in artikel 4 en artikel 5, § 4 vermelde activiteiten						
850.000 BEF	Artikelen 4 en 5, § 4					

—————
Nota

(1) Met toepassing van de overgangsbepaling krachtens artikel 54 van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid, welke in zijn hoofdstuk VIII de bepalingen van de startbaanovereenkomst bevat, zolang de met toepassing van het koninklijk besluit nr. 230 gesloten arbeidsovereenkomsten niet afgelopen zijn.

(2) Maximale jaarlijkse premie, beperkt tot de loon- en bijkomende loonkosten vermeld in artikel 6, § 3

Bij de aanstelling en vervanging van de gesubsidieerde contractueel door een andere geco moet de werkgever, met het oog op de uitbetaling van de premie, een attest van de Dienst voor arbeidsbemiddeling of van het O.C.M.W. bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling « Opleiding, Werkgelegenheid en Europese programma's » indienen om het bewijs te leveren dat hij aan de voorwaarden van de dienovereenkomstige subsidie categorieën voldoet.

De werkgever verplicht er zich toe, overeenkomstig artikel 6 van bovenvermeld besluit, bij dezelfde afdeling de bewijsstukken betreffende de bezoldiging van de geco's elke maand te laten toekomen.

Indien de werkgever nalaat de bewijsstukken betreffende de bezoldiging binnen de vervaltermijn van twee maanden na het kalenderjaar waartoe de bewijsstukken betrekking hebben, bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling « Opleiding, Werkgelegenheid en Europese programma's » in te dienen, dan is het Ministerie niet meer gehouden de premie uit te betalen.

Art. 11. De in het vorige artikel bedoelde subsidie categorieën worden toegekend voor (aantal) gesubsidieerde contractuelen op (datum) die als volgt ingedeeld worden :

	Subsidie categorie artikel 5	
	§ 1 of § 2 of § 3	§ 4
..... met een arbeidsovereenkomst voor voltijdse arbeid		
..... met een arbeidsovereenkomst voor deeltijdse arbeid		

Overeenkomstig artikel 8 van bovenvermeld besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 kan de vervanging van een voltijds gesubsidieerde contractueel door verschillende deeltijds gesubsidieerde contractuelen, en omgekeerd, echter per gewone brief aangevraagd worden bij het Ministerie en bij de Dienst voor Arbeidsbemiddeling. Voor zover de in artikel 5 van hetzelfde besluit bepaalde voorwaarden die op de vervangen gesubsidieerde contractueel toepasselijk waren eveneens op zijn vervanger van toepassing zijn, is dezelfde subsidie categorie in aanmerking genomen.

Art. 12. Wat de in artikel 2, lid 1, 1° tot 5°, van hetzelfde besluit bedoelde werkgevers betreft, worden de hierna vermelde gesubsidieerde contractuelen in dienst genomen om ambtenaren te vervangen die geen gesubsidieerde contractuelen zijn en hun loopbaan onderbreken in de zin van de herstellwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen :

NAMEN	VOORNAMEN	

Er wordt geen premie verstrekt voor de bovenvermelde werknemers.

Art. 13. De premie wordt betaald naar verhouding van de duur en op grond van de arbeidsregeling van elke arbeidsovereenkomst bedoeld in artikel 11 van voorliggende overeenkomst.

Art. 14. De uitbetaling van de premie wordt opgeschort als de aanvrager de bepalingen van de artikelen 1 tot 4 van voorliggende overeenkomst overtreedt.

Ze wordt eveneens opgeschort als de aanvrager de bepalingen van artikel 2 van voorliggende overeenkomst overtreedt; deze opschorting zal echter alleen een weerslag hebben op de gesubsidieerde contractuelen die voor ongeoorloofde activiteiten aangesteld zijn.

Art. 15. De tweede ondergetekende mag deze overeenkomst op ieder ogenblik beëindigen, op voorwaarde dat zijn beslissing zes maanden vóór het einde van voorliggende overeenkomst aan de werkgever betekend wordt.

Art. 16. De indienstneming van de door voorliggende overeenkomst goedgekeurde geco's is onderworpen aan volgende bijkomende voorwaarden :

Art. 17. Voorliggende overeenkomst wordt gesloten voor een bepaalde periode, te weten van tot

mits akkoord van de Minister van de Waalse Regering resp. van de Minister van de Franse Gemeenschap bevoegd inzake Ambtenarenzaken, wat de werkgevers bedoeld in artikel 2, lid 1, 1° resp. 2°, van bovenvermeld besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreft;

mits akkoord van de Regering van de Franse Gemeenschap, wat de werkgevers bedoeld in artikel 2, lid 1, 4°, van hetzelfde besluit betreft;

mits akkoord van de Minister bevoegd inzake Ruimtelijke Ordening en Huisvesting, wat de werkgevers bedoeld in artikel 2, lid 1, 6°, van hetzelfde besluit betreft;

mits akkoord van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, wat de werkgevers bedoeld in artikel 2, lid 1, 3° en 5°, van hetzelfde besluit betreft.

Opgemaakt op te, in vier exemplaren, waarbij elke partij verklaart over een exemplaar te beschikken.

De werkgever,

.....

De Minister bevoegd

inzake Tewerkstelling,

De Minister bevoegd

inzake

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, tot wijziging van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers.

Eupen, 14 december 2000.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,

B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

H. NIESSEN

Bijlage II

Besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen (geco's) door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, gewijzigd bij besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap

Arbeidsovereenkomst voor werklieden/bedienden (*)

TUSSEN

het openbaar bestuur of de ermee gelijkgestelde werkgever, eerste ondergetekende, hierna « werkgever » genoemd :

.....

(naam en adres van het openbaar bestuur of de ermee gelijkgestelde werkgever)

vertegenwoordigd door :

.....

(naam en voornaam)

EN

.....

(naam en voornaam)

Adres

Geboorteplaats en -datum

Nationaliteit Geslacht

hierna « werknemer » genoemd,

IS HET VOLGENDE OVEREENGEKOMEN :

Artikel 1. (Naam van de werkgever)

neemt bovenvermelde werknemer - die aanvaardt - als werkman/bediende (*)

in dienst om te (plaats) de functies/de activiteiten (*) van

(omschrijving) voor

een onbepaalde duur vanaf

een bepaalde duur, te weten van tot

uit te oefenen i.v.m. taken die onder de niet-commerciële sector ressorteren.

Art. 2. De bepalingen van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten zijn van toepassing op deze overeenkomst.

Art. 3. Deze overeenkomst begint met een proefperiode van maanden/dagen (*).

Art. 4. Het loon van de werknemer is vastgesteld op BEF per uur/per jaar (*)

Het aldus vastgesteld loon is gelijk aan :

- de wedde van een ambtenaar van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap die voor dezelfde of een gelijkwaardige betrekking bezoldigd wordt, met inbegrip van de weddeschaalverhogingen en de eindejaarspremie, wat de gesubsidieerde contractuelen betreft die door de in artikel 2, lid 1, 1° tot 3°, vermelde werkgevers in dienst worden genomen;

- de wedde die voor dezelfde of een gelijkwaardige betrekking in deze inrichting, vereniging of maatschappij betaald wordt, wat de gesubsidieerde contractuelen betreft die door de in artikel 2, lid 1, 4°, 5°, 6° en 7°, vermelde werkgevers in dienst worden genomen.

Art. 5 - De arbeidsovereenkomst wordt voor een voltijdse/deeltijdse (*) betrekking gesloten.

De arbeidsovereenkomst voor deeltijdse arbeid wordt gesloten voor de volgende arbeidsregeling :

(urenverhouding of percentage in verhouding tot een voltijdse betrekking)

WERKUURROOSTER		
Maandag	van	tot
Dinsdag	van	tot
Woensdag	van	tot
Donderdag	van	tot
Vrijdag	van	tot
Zaterdag	van	tot
Zondag	van	tot

Art. 6. Wat het jaarlijkse vakantieverlof betreft, geldt dezelfde regeling als degene die wordt toegepast op de andere werknemers die door de betrokken werkgever tewerkgesteld zijn.

Opgemaakt op te, in vier exemplaren, waarbij elke partij verklaart over een exemplaar te beschikken.

De werkgever,

De werknemer,

Nota

(*) Schrappen wat niet past

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, tot wijziging van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers.

Eupen, 14 december 2000.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming,

Cultuur en Toerisme

B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

H. NIESSEN